



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 1

Januar 1972

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Grafik des Monats: Aus der Volkszählung 1970

Aufsätze: Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971

Wohnungsmieten

✕ Altersaufbau der Bevölkerung (3)

Essen außer Haus

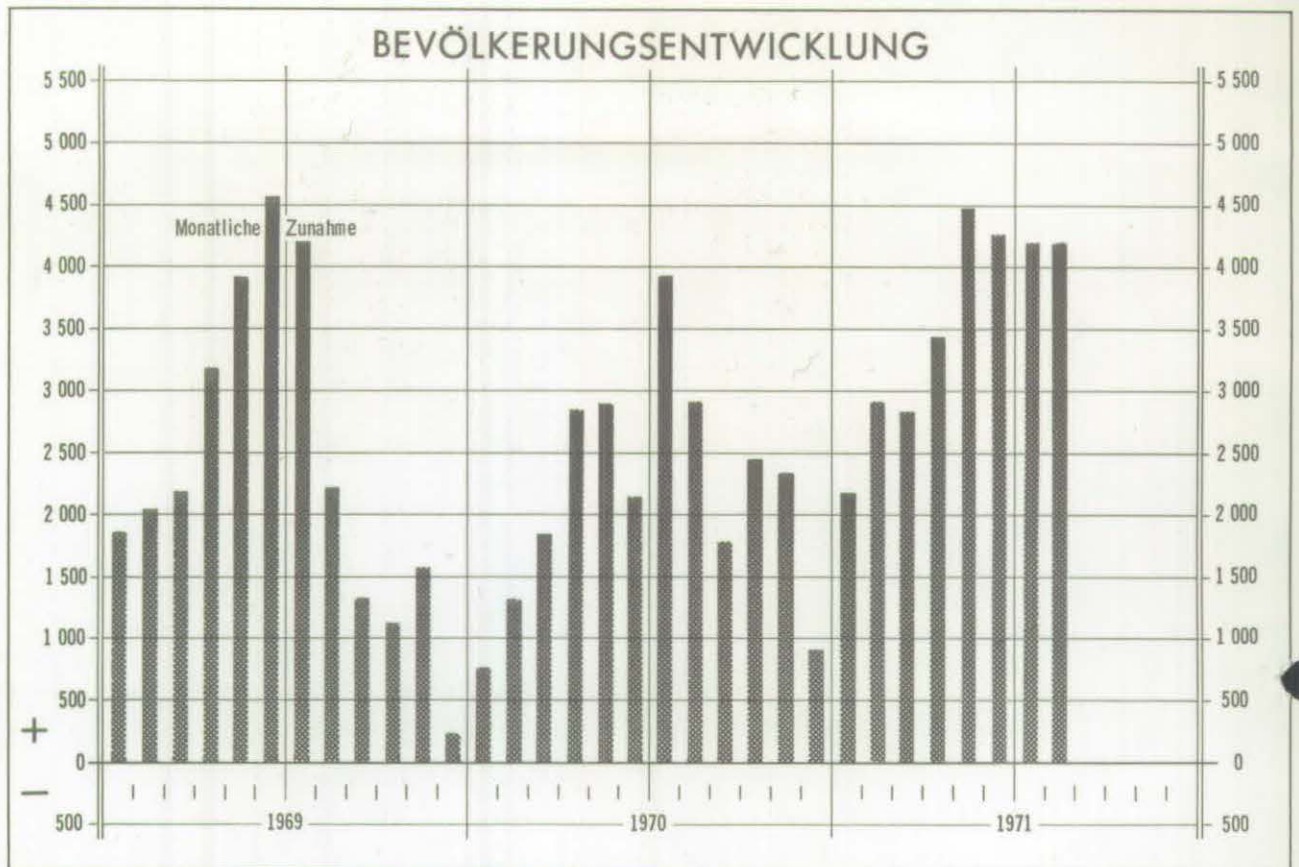
Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 2) (14)

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT

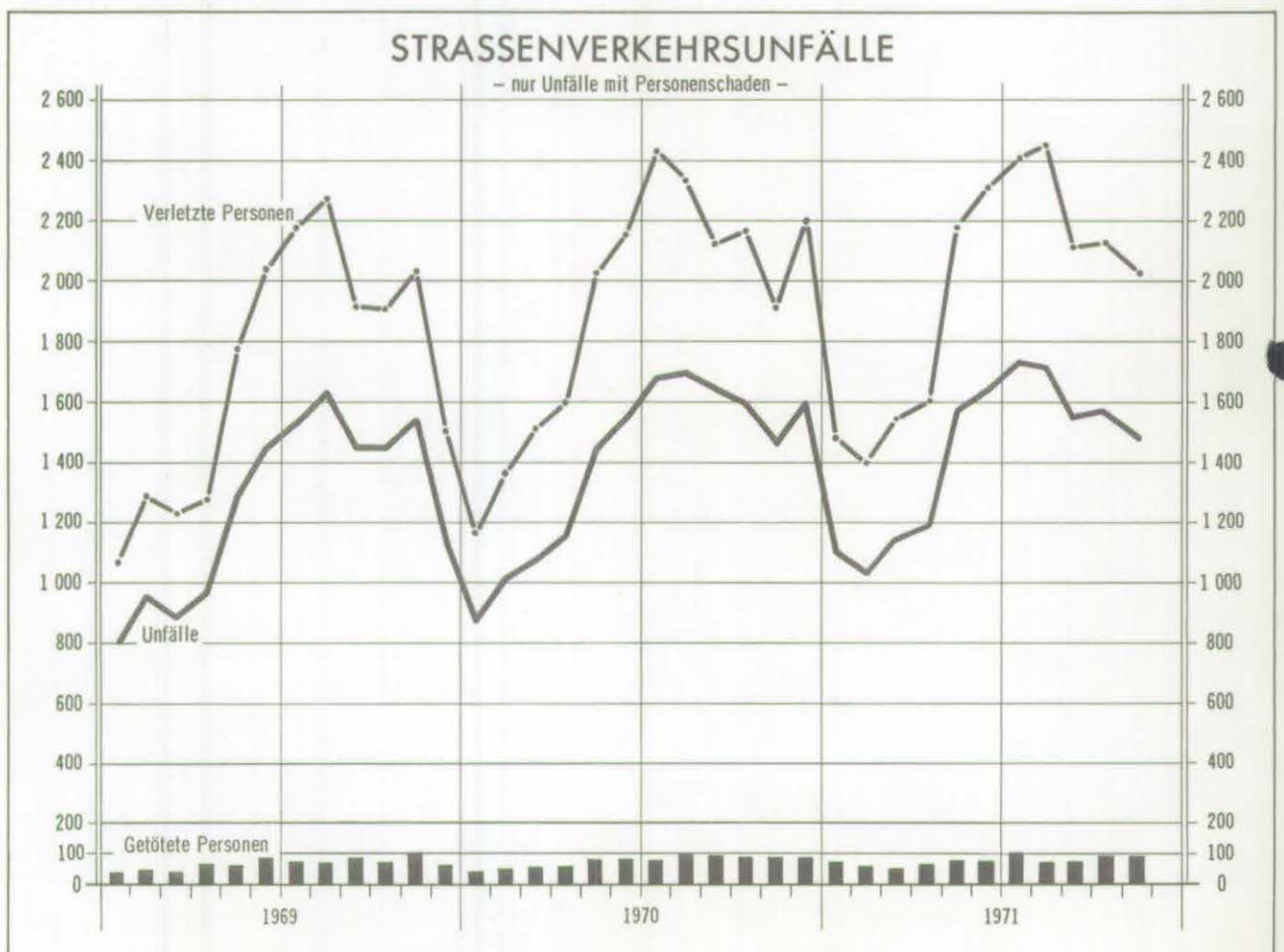


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



D - 4231



INHALT 1/72

	Seite
Aktuelle Auslese	1
Aufsätze	
Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971	2— 5
Die Struktur der Mieten in Schleswig-Holstein	5—10
Die Altersgliederung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung .	10—17
Essen außer Haus	17—22
Langfristige Bevölkerungsvorausschätzung für Schleswig-Holstein (Teil 2)	22—24
Grafik des Monats	12—13
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein) .	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 7/1971

Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 1)
Landtagswahl 1971 regional
Fremdenverkehr (Teil 1)
Wohnverhältnisse und Alter

Heft 8/1971

Abiturienten
Wahlverhalten 1971
Alten- und Pflegeheime
Boden- und Kommunalkredite
Viehwirtschaft
Anbau und Ernteaussichten

Heft 9/1971

Milchviehhaltung
Kommunale Haushaltsplanung
Fremdenverkehr (Teil 2)
Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Heft 10/1971

Bautätigkeit 1970
Haushaltsnettoeinkommen
Arbeitsstätten, kreisfreie Städte
Seeschifffahrt
Beschäftigte im Maschinenbau
Einkommensteuerpflichtige

Heft 11/12-1971

Entwicklung Schleswig-Holsteins 1965—1970



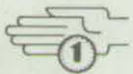
STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 1

Januar 1972

Aktuelle Auslese



**Steuereinnahmen des Landes
überschreiten 2 Mrd. DM**

Das Land Schleswig-Holstein hat 1971 fast 2,1 Mrd. DM an Steuern eingenommen. Das sind 248 Mill. DM oder 13,4 % mehr als 1970. Damit sind 52 Mill. DM oder 2,4 % weniger in die Kassen des Landes geflossen, als geschätzt worden ist. Die Haupteinnahmequellen des Landes sind die Lohnsteuer und die Umsatzsteuern, deren Landesanteil von 704 Mill. DM und 679 Mill. DM jeweils ein Drittel der Steuereinnahmen ausmacht. Die anderen Steuern fallen gegenüber diesen beiden deutlich ab. Die wichtigsten von ihnen sind der Landesanteil an der veranlagten Einkommensteuer mit 236 Mill. DM und die Kfz-Steuer mit 174 Mill. DM.

Am günstigsten hat sich die Lohnsteuer entwickelt. Das Land konnte einschließlich Zerlegung 168 Mill. DM oder 31,4 % mehr einnehmen als 1970. Demgegenüber stiegen die Einnahmen aus den Umsatzsteuern einschließlich Umsatzsteuerausgleich nur um 20 Mill. DM oder 3 %. Der Landesanteil an der veranlagten Einkommensteuer wuchs um 30 Mill. DM oder 14,3 % und die Kfz-Steuer um 15 Mill. DM oder 9,5 %.



**Weniger Beschäftigte,
mehr Umsatz im Handwerk**

Der Gesamtumsatz war im schleswig-holsteinischen Handwerk in den ersten neun Monaten 1971 bei leichtem Rückgang der Beschäftigtenzahl (-2 %) um 14 % höher als im vergleichbaren Zeitraum 1970. Der Umsatzzuwachs war damit größer als in der schleswig-holsteinischen Industrie (+10,6 %).

An der positiven Umsatzentwicklung war vor allem das Bauhandwerk mit einer Umsatzsteigerung von 30 % beteiligt. Ohne Berücksichtigung dieser Handwerksgruppe ist

die Zuwachsrate des Umsatzes 1971 gegenüber 1970 mit +9 % nur wenig höher ausgefallen als 1970 gegenüber 1969 (+8 %).



**Fast 1 000 Studenten mehr
als im Sommer 1971**

Im Wintersemester 1971/72 studierten an der Universität in Kiel (einschließlich der Medizinischen Akademie Lübeck) rd. 9 400 Studenten, und zwar 8 800 Deutsche und 600 Ausländer. Das sind fast 1 000 Studenten mehr als im Sommersemester 1971. Diese Zunahme entfällt ausschließlich auf die deutschen Studenten, die Zahl der ausländischen Studenten ist in den letzten Semestern nahezu unverändert geblieben. Die Zahl der Studienanfänger (1. Hochschulse semester) war mit über 1 500 um etwa 250 höher als im Wintersemester 1970/71. 27 % aller Studenten sind Frauen. Der Frauenanteil zeigt leicht steigende Tendenz.



**Über 370 000 Schüler
in allgemeinbildenden Schulen**

Im Herbst 1971 wurden die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen Schleswig-Holsteins von 370 300 Schülern besucht. Das sind rd. 20 000 Schüler (+6 %) mehr als im Herbst 1970. Zwei Drittel der Schüler, nämlich über 243 000, besuchten Grund- und Hauptschulen. In dieser Zahl sind auch 3 500 Vorklassenschüler enthalten. Da in Schleswig-Holstein noch nicht alle Grund- und Hauptschulen organisatorisch voneinander getrennt sind, lassen sich in dem hier vorliegenden vorläufigen Ergebnis auch die Schüler nicht getrennt nachweisen. Die Sonderschulen und Sonderschulklassen wurden von rd. 16 900 Schülern besucht. Das sind 7 % mehr als im Herbst 1970. Die Realschulen zusammen mit den Realschulzügen hatten 55 900 Schüler und die Gymnasien 54 300 Schüler. Die Zahl der Realschüler hat gegenüber Herbst 1970 um 10 % zugenommen und die der Schüler an Gymnasien um 8 %.

Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971

Erste Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1971/72

Bei der Grunderhebung zur Landwirtschaftszählung im Mai 1971 sind in Schleswig-Holstein 37 600 landwirtschaftliche Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche gezählt worden, das sind 2 000 weniger als am Anfang 1970 (Außerdem sind 5 776 Betriebe mit 1 bis 2 ha LF sowie Betriebe unterhalb von 1 ha LF, sofern eine Marktproduktion von mindestens 4 000 DM pro Jahr erzielt wurde, erfaßt worden). Zwar war der Zeitraum zwischen den Zählungen diesmal etwa 2 bis 3 Monate länger als in den Vorjahren, dennoch läßt sich erkennen, daß der Strukturwandel noch stärker geworden ist; denn die Abnahmeraten der beiden vorangegangenen Jahre betrugen etwa 1 800 und 1 400 Betriebe¹.

Innerhalb der Größenklassenskala standen Abnahmen um 2 700 Betriebe bis 30 ha, Zunahmen um 700 Betriebe über 30 ha gegenüber. Ein Jahr zuvor lauteten die entsprechenden Zahlen noch 2 350 Betriebe im abnehmenden und 550 Betriebe im zunehmenden Bereich.

Landwirtschaftliche Betriebe in Schleswig-Holstein

Größenklasse nach der LN/LF				Veränderung 1971 gegenüber	
	1960	1970	1971	1960	1970
	Anzahl			%	
2 - 5	8 126	5 052	4 466	- 45	- 12
5 - 10	6 703	3 935	3 608	- 46	- 8
10 - 15	6 320	3 503	3 037	- 52	- 13
15 - 20	6 839	4 448	3 853	- 44	- 13
20 - 25	5 612	4 803	4 294	- 23	- 11
25 - 30	4 170	4 306	4 082	- 2	- 5
30 - 40	5 065	5 931	5 983	+ 18	+ 1
40 - 50	2 882	3 279	3 457	+ 20	+ 5
50 - 75	2 482	2 940	3 263	+ 31	+ 11
75 - 100	595	726	823	+ 38	+ 13
100 und mehr	571	680	734	+ 29	+ 8
Insgesamt	49 365	39 603	37 600	- 24	- 5

Bekanntlich sind die hier ausgewiesenen Veränderungen nur die Salden einer weit größeren Bewegung von Betrieben sowohl innerhalb der Größenklassen als auch zwischen diesen. Es werden im Laufe eines Jahres nicht nur kleine Betriebe aufgelöst oder aufgestockt, sondern auch große Betriebe verändern sich entsprechend oder geben Land ab; eine Reihe von Betrieben entsteht auch völlig neu. Die Salden dieser vielfältigen Bewegungen zeigen jedoch an,

wie sich die Gesamtstruktur ändert. Besonders aufschlußreich wird das bei einem Vergleich der gegenwärtigen Veränderungen mit den Durchschnittswerten früherer Zeiträume, wie das in der zweiten Tabelle dargestellt ist. Beachtet werden sollte dabei allerdings, daß die Werte einzelner Jahre innerhalb der zu Durchschnitt zusammengefaßten Perioden von diesen Mittelwerten auch beträchtlich abweichen können.

Durchschnittliche jährliche Veränderung der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe in den Betriebsgrößenklassen

Größenklasse nach der LN/LF	Zu- (+) oder Abnahme (-) im Durchschnitt der Jahre				von 1970 zu 1971
	1949 - 1960	1960 - 1965	1965 - 1970		
	Betriebe				
2 - 5	- 321	- 258	- 356	- 586	
5 - 10	- 216	- 255	- 298	- 327	
10 - 15	- 106	- 232	- 331	- 466	
15 - 20	+ 48	- 104	- 374	- 595	
20 - 25	+ 50	+ 28	- 189	- 509	
25 - 30	+ 38	+ 65	- 37	- 224	
30 - 40	+ 31	+ 58	+ 115	+ 52	
40 - 50	+ 19	+ 16	+ 63	+ 178	
50 - 75	+ 10	+ 5	+ 87	+ 323	
75 - 100	+ 7	+ 9	+ 17	+ 97	
100 und mehr	- 2	+ 1	+ 21	+ 54	

Aus dieser Tabelle wird deutlich, daß bereits in den fünfziger Jahren Abnahmen bei den Kleinbetrieben vorkamen, die auch nach heutigen Maßstäben als beträchtlich bezeichnet werden können. Ab 15 ha aber gab es damals Zunahmen, und zwar am stärksten in der relativ schmalen Spanne bis 25 oder 30 ha. In den folgenden Zeiträumen hat sich dieser "Wendepunkt" dann stark nach oben verschoben. Zwischen 1960 und 1965 reichten die Abnahmen bereits bis 20 ha und waren die Zunahmen zwischen 25 und 40 ha am größten. In der zweiten Hälfte des abgelaufenen Jahrzehnts erstreckten sich die Abnahmen dann bis zu 30 ha, und besonders gravierend waren sie zwischen 15 und 25 ha, in dem Bereich also, in dem es 10 Jahre zuvor die größten Zunahmen gegeben hatte. Zwar hat die Zahl der Betriebe zwischen 1965 und 1970 in der Größenklasse von 30 bis 40 ha durchschnittlich am meisten zugenommen, am auffälligsten waren aber die Zunahmen zwischen 50 und 75 ha, einem Bereich, in dem sich bis dahin per Saldo wenig verändert hatte. Dieser Bereich ist es nun auch, der mit einem Zuwachs von über 300 Betrieben die gewichtigste Veränderung von 1970 auf 1971 aufweist.

1) Siehe "Größenstruktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe 1970" in dieser Zeitschrift 1971, S. 26 (Februar)

Hinzu kommt, daß sogar in der darüberliegenden Größenklasse von 75 bis 100 ha fast 100 Betriebe mehr vorhanden sind als ein Jahr zuvor. In Verbindung mit den starken Abnahmen zwischen 15 und 30 ha und der erheblich geschrumpften Zuwachsrate zwischen 30 und 40 ha werden neue Dimensionen des Strukturwandels sichtbar: Früher nahmen die mittleren Betriebe die aufgelösten Kleinbetriebe auf oder stockten sich aus dem Land parzellenweise verpachteter Betriebe auf. Heute wird diese Bewegung offensichtlich überlagert durch die Zusammenfassung größerer Einheiten, z. B. geht ein aufgegebener Betrieb um 25 ha Größe geschlossen an einen mit 40 ha (und umgekehrt!) oder ein Betrieb von bisher 40 ha nimmt 2 aufgelöste Betriebe von 10 bis 20 ha hinzu. Dabei spielt sicherlich die staatlich unterstützte, langfristige Pacht eine große Rolle. Nähere Aufschlüsse hierzu sollen die Ergebnisse der jetzt in den Betrieben angelaufenen zweiten Phase der Landwirtschaftszählung 1971/72 erbringen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Veränderungen der Betriebszahlen in allen Größenklassen von 1970 auf 1971 ganz erheblich stärker waren als im Mittel der Jahre 1965 bis 1970. Natürlich waren sie gegen Ende dieses Vergleichszeitraumes auch erheblich stärker als zu Beginn. Die Eingliederung der Betriebe in bundeseinheitlich vorgegebene Größenklassen mit unterschiedlichen Spannen verdeckt zwar manche Besonderheiten oder vergrößert die Ergebnisse etwas, bei den hier dargestellten relativ engen Klassengrenzen kann dieser Nachteil aber im Interesse besserer Übersichtlichkeit in Kauf genommen werden.

In den Regionen des Landes war die Grundtendenz - weniger kleine, mehr größere Betriebe - einheitlich. Dennoch gibt es Unterschiede, besonders im zeitlichen Ablauf und je nach Ausgangslage, Bodengüte, Grünlandanteil und weiteren zum Teil vielleicht auch außerlandwirtschaftlichen Faktoren mehr. Im einzelnen kann das im Rahmen dieses Beitrages nicht untersucht werden.

Nimmt man nur den langfristigen Vergleich zwischen den beiden Landwirtschaftszählungen 1960 und 1971 für die 4 Hauptnaturräume des Landes, so zeigt sich, daß die Veränderungen der Betriebszahl per Saldo in den besonders bedeutenden Größenklassen von 20 bis 50 ha im Hügelland am geringsten waren und daß in der Marsch die Betriebe zwischen 50 und 100 ha besonders stark zugenommen haben. Bei einzelnen kleineren regionalen Einheiten treten noch deutlichere Unterschiede hervor. So hat die Zahl der Betriebe zwischen 30 und 50 ha in der Dithmarscher Marsch, in Nordoldenburg und Fehmarn und im Naturraum Südmecklenburgische Niederungen im Gegensatz zu allen

Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den Hauptnaturräumen nach zusammengefaßten Größenklassen

Größenklasse nach der LN/LF	1960	1971 ^a	Veränderung
	Anzahl		%
Marsch			
2 - 5	1 432	746	- 48
5 - 10	1 091	606	- 44
10 - 20	1 740	979	- 44
20 - 30	1 476	1 068	- 28
30 - 50	1 266	1 498	+ 18
50 - 100	446	687	+ 54
100 und mehr	38	85	+ 124
Hohe Geest			
2 - 5	2 609	1 535	- 41
5 - 10	2 357	1 335	- 43
10 - 20	4 674	2 451	- 48
20 - 30	3 342	2 920	- 13
30 - 50	2 255	3 022	+ 34
50 - 100	620	905	+ 46
100 und mehr	76	93	+ 22
Vorgeest			
2 - 5	913	530	- 42
5 - 10	879	493	- 44
10 - 20	2 029	985	- 51
20 - 30	1 939	1 516	- 22
30 - 50	1 491	1 834	+ 23
50 - 100	577	730	+ 27
100 und mehr	46	50	+ 9
Östliches Hügelland			
2 - 5	3 172	1 660	- 48
5 - 10	2 376	1 171	- 51
10 - 20	4 716	2 480	- 47
20 - 30	3 025	2 872	- 5
30 - 50	2 935	3 081	+ 5
50 - 100	1 434	1 762	+ 23
100 und mehr	411	504	+ 23

a) vorläufige Zahlen; Differenzen zum Landesergebnis können erst später ausgeglichen werden

anderen Regionen nicht zu- sondern abgenommen. In den grünlandreichen Gebieten der hohen Geest - etwa zwischen Bredstedt/Husum und Barmstedt/Kisdorf - waren die Abnahmen zwischen 20 und 30 ha relativ gering, die Zunahmen zwischen 30 und 50 ha aber besonders groß. Hier hat es in der Vergangenheit eine besondere Zunahme in der Milchviehhaltung gegeben. Im Hamburger Umland war die Abnahme bei den Kleinbetrieben geringer als in den anderen Regionen, da hier relativ viel Spezialbetriebe (Baumschulen, Gärtnereien usw.) angesiedelt sind. Weitere Einzelheiten sollen später gebracht werden, wenn Ergebnisse aus anderen Bereichen der Landwirtschaftszählung vorliegen, die es vielleicht ermöglichen werden, die Ursachen unterschiedlicher Entwicklungen besser herauszustellen.

Einen weiteren Einblick in die Strukturveränderungen der sechziger Jahre gibt auch

Anbau ausgewählter Fruchtarten und Haltung ausgewählter Tierarten 1960 und 1971

Nutzungs- oder Fruchtart Tierart	1960			1971		
	Zahl der Anbauer	ha	ha je Betrieb	Zahl der Anbauer	ha	ha je Betrieb
	Haltungen	Stück	Stück je Betrieb	Haltungen	Stück	Stück je Betrieb
LN/LF überhaupt ¹	54 300	1 139 000	21	42 900	1 122 000	26
Ackerland	47 800	676 000	14	34 600	653 000	19
Dauergrünland	.	444 000	.	.	457 000	.
Winterweizen	} 21 800	88 800	4,1	13 100	82 700	6,3
Sommerweizen				4 400	18 000	4,1
Winterroggen	} 33 700	112 000	3,3	19 700	82 800	4,2
Sommerroggen				1 300	3 600	2,8
Wintergerste	10 800	31 200	2,9	11 600	66 900	5,8
Sommergerste	14 500	43 400	3,0	13 100	47 900	3,7
Hafer	24 000	61 000	2,5	25 200	108 000	4,3
Sommernenggetreide	27 200	68 800	2,5	5 300	16 100	3,0
Zuckerrüben	6 600	13 200	2,0	3 700	15 000	4,1
Frühkartoffeln	4 300	3 000	0,7	900	800	0,9
Spätkartoffeln ²	33 000	38 200	1,2	10 600	10 700	1,0
Handelsgewächse	2 900	19 700	6,8	ca. 5 500	55 300	10
Obst	3 800	3 100	0,8	1 800	1 900	1,6
Baumschulen	900	3 200	3,6	1 000	3 800	3,8
Rinder	50 000	1 321 000	26	34 200	1 488 000	44
darunter Kühe	48 100	454 000	9,4	29 900	471 000	16
Schweine	.	.	.	27 500	1 661 000	60
darunter Zuchtsauen	.	.	.	17 900	176 000	9,8
Pferde insgesamt	26 500	51 900	2,0	.	.	.
darunter 3 Jahre und älter	25 100	43 400	1,7	.	.	.
Arbeitspferde	.	.	.	2 000	3 000	1,5
Andere Pferde ³	.	.	.	3 200	13 600	4,3

1) 1960 LN = Landwirtschaftliche Nutzfläche; 1971 LF = Landwirtschaftlich genutzte Fläche

2) einschließlich mittelfrühe

3) einschließlich Fohlen und Ponys

die letzte Tabelle, in der die Anbauer und Halter bestimmter Frucht- und Tierarten mit den jeweiligen Flächen und Beständen nach den Landwirtschaftszählungen 1960 und 1971 einander gegenüber gestellt werden. Zwar war der Erhebungsbereich bei den beiden Zählungen unterschiedlich abgegrenzt², die Auswirkungen können aber bei den hier dargestellten Positionen vernachlässigt werden. In Einzelfällen wurden die erhobenen Daten auf vergleichbare Werte umgeschätzt. Gravierender ist es, daß zur Zeit nur die jeweiligen Gesamtzahlen der Betriebe und Bestände gebracht werden können und nicht die Aufgliederung nach dem Umfang des Produktionszweiges. Immerhin geben aber auch die ausgewiesenen Durchschnittswerte erste quantitative Einblicke in die Veränderungen; die Ergebnisse werden später auch nach Größenklassen der Betriebe und des Produktionsumfanges aufgliedert dargestellt werden.

Die Zahl der bei den Zählungen erfaßten Betriebe mit landwirtschaftlich genutzter Fläche

2) 1960 ab 0,5 ha Gesamtfläche, 1971 ab 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche sowie kleinere Betriebe (auch ohne LF), in denen mindestens 4 000 DM Marktproduktion pro Jahr erzielt wurden

hat von 1960 bis 1971 um etwa ein Fünftel abgenommen.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche wurde nur unwesentlich kleiner, so daß die Durchschnittsfläche je Betrieb von 21 auf 26 ha anstieg. Bei sämtlichen Getreidearten sind die durchschnittlichen Anbauflächen je Betrieb angestiegen, meist sogar beträchtlich. Dabei hat die Zahl der Anbauer der meisten Arten abgenommen, beim Sommernenggetreide sogar um 80 %. Ausnahmen machen Wintergerste und Hafer, die heute bei erheblich geringerer Gesamtzahl der Betriebe von mehr Betrieben angebaut werden als damals. Die durchschnittlichen Anbauflächen je Betrieb von Wintergerste, Zuckerrüben und Obst waren 1971 doppelt so groß wie 1960. Bei Hafer stieg dieser Wert um fast drei Viertel, bei Handelsgewächsen - in erster Linie Raps - um die Hälfte. Die Zahl der Kartoffelanbauer hat um gut zwei Drittel abgenommen, außerdem wurden die durchschnittlichen Anbauflächen pro Betrieb kleiner. Mit einer Durchschnittsfläche von 1 ha je Anbauer dürfte es sich bei der Mehrzahl der verbliebenen knapp 11 000 Kartoffelanbauer um reine Selbstversorger handeln.

Bei der Tierhaltung bestehen größere Vergleichschwierigkeiten zwischen den Zählungen. Uneingeschränkt lassen sich diese Gesamtzahlen nur bei der Rindviehhaltung vergleichen.

Die Zahl der Rinderhalter ist um 32 %, die der Kuhhalter sogar um 38 % kleiner geworden. 1960 hielten 90 % aller Betriebe mit LN Rinder, 1971 dagegen noch 80 %. Damals hatten 96 % aller Rinderhalter Kühe, heute 87 %. Die Durchschnittsbestände je Haltung vergrößerten sich um rund 70 % von 26 auf 44 beim Rindergesamtbestand und von 9,4 auf 16 beim Kuhbestand. Das sind eindrucksvolle Belege für die jedermann sichtbaren Veränderungen in der Landwirtschaft unseres Landes.

Bei der Schweinehaltung muß an dieser Stelle auf einen Vergleich mit 1960 verzichtet werden, da sich bei den Gesamtzahlen zu große Abgrenzungsunterschiede im Haltungsbereich unterhalb bestimmter Flächenschwellen bemerkbar machen. Die 1971 erfaßten Haltungen hatten einen Durchschnittsbestand von 60 Schweinen, die Zuchtsauenhalter hielten im Durchschnitt fast 10 Sauen.

Bei den Pferden erschwert in erster Linie eine Änderung der Definitionen den Vergleich.

Damals wurde nach dem Alter der Tiere unterschieden, heute nach dem Verwendungszweck; dennoch werden große Veränderungen sichtbar. Für 1960 kann angenommen werden, daß die rund 25 000 Pferdehalter mit Tieren ab 3 Jahren ihre Pferde größtenteils noch als Arbeitspferde einsetzten; das ist heute nur noch in rund 2 000 Betrieben der Fall. Dagegen gibt es heute über 3 000 Haltungen, in denen die Pferde vornehmlich für Reit- und Fahrzwecke gehalten oder gezüchtet werden. Der relativ hohe Durchschnittsbestand je Haltung weist darauf hin, daß es viele Haltungen mit beachtlichen Beständen gibt. Allerdings sind in den Beständen 1971 auch die Ponys enthalten, nach denen 1960 und übrigens auch bei den jährlichen Viehzählungen nicht ausdrücklich gefragt worden ist.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft im abgelaufenen Jahrzehnt eine Spezialisierung in der Produktion und eine Konzentration auf weniger aber größere Betriebe stattgefunden hat.

Dr. Dieter Mohr

Die Struktur der Mieten in Schleswig-Holstein

Wegen ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung wird die Entwicklung der Wohnungsmieten, besonders seit der Liberalisierung des Wohnungsmarktes, in der Öffentlichkeit aufmerksam beobachtet. Anhand der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25.10.1968 ist es möglich, Aussagen über die Struktur der Mieten zu machen, sofern es sich um bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden handelt.

Insgesamt wurden in Schleswig-Holstein 836 000 Wohnungen gezählt. Von diesen standen am Stichtag der Zählung 13 000 leer und 12 000 waren nicht ständig bewohnt. 811 000 waren also ständig bewohnt. Mehr als die Hälfte dieser Wohnungen, nämlich 492 000, waren Mietwohnungen, die übrigen waren Eigentümerwohnungen, das sind Wohnungen, die von Gebäudeeigentümern, Wohnungseigentümern oder deren Angehörigen bewohnt werden. Diese 492 000 ständig bewohnten Mietwohnungen befanden sich überwiegend in Wohngebäuden, nur 22 000 lagen in anderen Gebäuden. Um Wohnungen außer Betracht zu lassen, bei denen zu erwarten war, daß besondere Faktoren die Miethöhe bestimmten, mußten ca. 80 000 Dienst-,

Werks-, Berufs-, Stifts- und Geschäftsmietwohnungen, Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind, sowie Wohnungen mit fehlenden Mietangaben von den 470 000 bewohnten Wohnungen in Wohngebäuden abgezogen werden. Es blieben 391 000 ständig bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden, bei denen die Angabe einer regulären Miete vorhanden ist. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird im folgenden nur noch pauschal von Wohnungen oder Mietwohnungen gesprochen, wenn es sich um diese Gruppe der ständig bewohnten Mietwohnungen in Wohngebäuden mit Mietangabe handelt.

Im Landesdurchschnitt waren 2,38 DM Miete pro qm Wohnfläche zu entrichten. Überwiegend, nämlich in 73 % aller Fälle, mußte zwischen 1,50 und 3,50 DM gezahlt werden. Für 17 % wurden weniger als 1,50 DM, für 11 % mehr als 3,50 DM je qm verlangt. Dabei traten je nach Ausstattung, Alter, Finanzierung, Größe und örtlicher Lage erhebliche Unterschiede zur Landesdurchschnittsmiete auf, wie im folgenden noch deutlich werden wird.

Miethöhe und Ausstattung

Um die Wohnungen hinsichtlich ihrer Ausstattung miteinander vergleichen zu können, sollen die in der Wirklichkeit sehr unterschiedlichen und vielfältigen Ausstattungen durch Verwendung von nur drei Merkmalen in 5 Stufen standardisiert werden:

Stufe 1: Bad, WC und Sammelheizung

" 2: Bad und WC, keine Sammelheizung

" 3: Ohne Bad,
aber mit WC in der Wohnung

" 4: WC außerhalb der Wohnung,
aber im Gebäude

" 5: Sonstige Kombinationen, wobei es sich meist um Wohnungen ohne Sammelheizung und Bad, mit WC außerhalb des Gebäudes oder sogar ohne WC handelt

Durchschnittsmieten nach Ausstattung und Baualter/Förderung

Gebäude errichtet ...	Mietwohnungen der Ausstattungsstufe ¹				
	1	2	3	4	5
	Monetliche Miete in DM je qm Wohnfläche				
bis 1918	2,52	2,11	1,88	1,84	1,43
1919 bis 1948	2,53	2,07	1,93	1,84	1,56
1949 und später, nicht öffentlich gefördert	3,53	2,64	2,14	2,03	1,68
1949 und später, öffentlich gefördert	2,81	2,35	2,02	1,80	1,54
Zusammen	3,00	2,30	1,94	1,84	1,47

1) Text siehe oben

Wie die Tabelle zeigt, war die Miete pro qm umso niedriger, je einfacher die Ausstattung war. In der Ausstattungsstufe 5 streuten die Quadratmeterpreise je nach Baualter und Förderung nur um 0,25 DM, während bei Wohnungen mit höchstem Komfort Preisunterschiede von 1,00 DM zwischen diesen Gruppen auftraten. Frei finanzierte Neubauwohnungen der Ausstattungsstufe 1 waren 1,85 DM und damit mehr als doppelt so teuer als solche der Stufe 5. Für öffentlich geförderte Neubauwohnungen mußte dagegen nur 1,27 DM mehr gezahlt werden, während die Differenz bei Altbauwohnungen 1,09 DM betrug, wenn sie vor 1918 errichtet waren, und 0,97 DM, wenn sie zwischen 1919 und 1948 gebaut worden waren.

Gründe für diese unterschiedlichen Belastungen können hier nur angedeutet werden: Dem zugrunde liegenden Untersuchungsmaterial kann man nicht entnehmen, wie alt die sanitären und

heizungstechnischen Installationen jeweils sind. Allerdings spricht einiges dafür, daß ihr durchschnittliches Alter in Altbauwohnungen höher als in Neubauwohnungen ist, wenn es auch etliche Altbauten geben mag, die nachträglich erst in jüngerer Zeit eine anspruchsvollere Ausstattung erhalten haben. Infolge der Baupreisentwicklung der Vergangenheit ergibt sich daher eine u. a. durch bessere Ausstattung verursachte höhere Kostenbelastung für Neubauwohnungen, die ihren Niederschlag in höheren Mieten findet. Die Tabelle weist nur eine grobe Altersgliederung auf. Es ist u. a. nicht berücksichtigt, daß das durchschnittliche Alter der Neubauwohnungen der einzelnen Ausstattungsstufen sehr unterschiedlich ist, nämlich in den Stufen 4 und 5 z. B. wesentlich höher als in der Stufe 1. In den letzten Jahren vorm Zählungstichtag sind nur noch wenige Wohnungen ohne Bad und Zentralheizung gebaut worden. Wegen der Baukostenentwicklung dürfte das Durchschnittsalter aber erheblichen Einfluß auf die Durchschnittsmiete bei Neubauwohnungen haben, so daß die Differenzen zwischen den Quadratmetermieten der verschiedenen Ausstattungsstufen innerhalb derselben Zeile nur zum Teil auf die Einbaukosten für Heizung und sanitäre Installationen, zum anderen aber auf den verborgenen Einfluß des Baualters zurückzuführen sind.

Wesentlich geringere qm-Mieten
bei größeren Wohnflächen

Neben der Ausstattungsstufe entscheidet auch die Größe der Wohnung über die Höhe der Miete, die pro qm zu entrichten ist. Die zweite Tabelle zeigt, um wieviel Prozent die qm-Mieten größerer Wohnungen von den qm-Mieten abwichen, die durchschnittlich für Kleinwohnungen - das sind Wohnungen mit einer Fläche bis zu 40 qm - zu zahlen waren. Dabei wurde innerhalb jeder Wohnflächenkategorie (bis unter 40 qm, 40 - 59 qm, 60 - 79 qm und mehr als 80 qm) nach Ausstattungsstufe und Gebäudealter/Finanzierungsform unterschieden.

Für eine in einem bis 1918 entstandenen Altbau gelegene Wohnung mit 40 - 59 qm Wohnfläche, die Sammelheizung, Bad und WC hatte, waren durchschnittlich 27 % weniger pro qm zu zahlen als für eine gleich ausgestattete Kleinwohnung. Diese Preisdifferenz stieg auf 33 %, wenn die Wohnfläche 60 bis 79 qm betrug und auf 39 %, wenn sie größer als 80 qm war. Ähnliche Zusammenhänge galten für die übrigen unterschiedenen Ausstattungsstufen, weitgehend unabhängig davon, ob es sich um Alt- oder Neubauten handelte. Nivellierter waren dagegen die qm-Preise der Flächengruppen des Sektors "öffentlich geförderte Wohnungen". Hier waren

Der Einfluß der Wohnungsgröße auf die Durchschnittsmiete nach Ausstattung und Baualter/Förderung

Gebäude errichtet ...	Mietwohnungen mit ... qm Wohnfläche und der Ausstattungsstufe ¹															
	unter 40				40 - 59				60 - 79				80 und mehr			
	1	2	3	4	1	2	3	4	1	2	3	4	1	2	3	4
	Miete in DM je qm				Abweichung der Miete gegenüber den Wohnungen unter 40 qm in %											
bis 1918	3,93	2,91	2,22	2,06	- 27	- 20	- 14	- 12	- 33	- 27	- 20	- 16	- 39	- 34	- 25	- 20
1919 bis 1948	3,38	2,63	2,23	2,15	- 23	- 15	- 12	- 19	- 25	- 25	- 22	- 22	- 27	- 30	- 29	- 30
1949 und später, nicht öffentlich gefördert	4,53	3,21	2,49	2,33	- 17	- 18	- 17	- 21	- 25	- 22	- 24	- 24	- 26	- 13	(- 22)	(- 36)
1949 und später, öffentlich gefördert	2,97	2,38	2,16	1,97	- 6	- 2	- 11	- 15	- 5	+ 0	- 18	- 24	- 7	- 8	(- 29)	(- 31)

1) siehe Text, Seite 6

Wohnungen mit dem höchsten Ausstattungsniveau und mit mehr als 40 qm nur um 6 %, 5% und 7 % pro qm billiger als die gleich ausgestatteten öffentlich geförderten Kleinwohnungen. Diese Abhängigkeit des qm-Preises von der Wohnfläche wird vermutlich kosten- und nachfragebedingt sein. Kostenbedingt, weil Festkosten eine umso höhere qm-Miete bewirken, je kleiner die Wohnungen sind, und nachfragebedingt, weil sich hohe qm-Mieten bei Kleinwohnungen leichter durchsetzen lassen werden als bei großen Mietwohnungen, deren monatliche Mieten dann häufiger als zu hoch angesehen werden dürften.

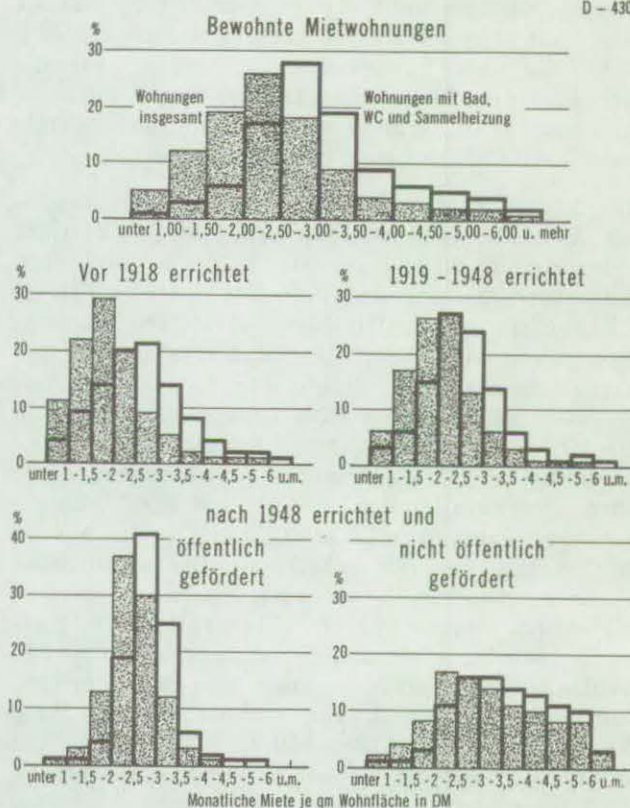
Es wird gelegentlich behauptet, daß die Einbaukosten für Küche, Bad, WC und Zentralheizung, die weitgehend unabhängig von der Wohnfläche anfallen und somit Fixkostencharakter haben, verantwortlich dafür seien, daß bei vergleichbaren Wohnungen die qm-Mieten mit steigender Wohnfläche sinken. Wie die Tabelle zeigt, fallen zwar bei steigender Größe der Wohnungen die auf den qm bezogenen Mieten. Wenn aber die Investitionskosten für Bad, WC und Sammelheizung sich wie behauptet bemerkbar machten, müßte die Quadratmetermiete umso flächenabhängiger sein, je besser die Ausstattung ist. Offensichtlich nehmen aber die Mieten mit steigender Wohnfläche in allen Ausstattungsstufen in ähnlichem Maße ab. Für diese Verknüpfung scheinen eher Nachfragefaktoren maßgebend zu sein. Dafür spricht auch das flächenunabhängigere Mietgefüge im öffentlich geförderten Wohnungsbau; denn die dort erhobenen Mieten entsprechen im wesentlichen den Kostenmieten.

Geringe Preisunterschiede zwischen Alt- und Neubauten

Am Stichtag kostete eine Altbauwohnung pro qm Wohnfläche durchschnittlich 1,91 DM, wenn sie vor 1918, und 2,09 DM, wenn sie in der Zeitspanne 1919 bis 1948 errichtet wurde, während für öffentlich geförderte Neubauwohnungen

Die Verteilung der Wohnungen auf Mietpreisklassen nach Baualter und Förderung

D - 4306



(nach 1948) 2,49 DM und für nicht öffentlich geförderte 3,24 DM verlangt wurden.

Das Bild soll verdeutlichen, wie viele Wohnungen in welchem Ausmaß von den jeweiligen Durchschnittsmieten abweichen. Man findet in allen Gruppen die weitaus meisten Wohnungen in nur 4 Mietpreisklassen. So kosteten 91 % der öffentlich geförderten Neubauwohnungen - bezogen auf den Quadratmeter Wohnfläche - zwischen 1,50 und 3,50 DM, allein 37 % der Wohnungen dieser Gruppe gehörten zur Klasse 2,00 bis 2,50 DM. Bei den Altbauwohnungen lag eine ähnlich starke Konzentration vor. Hier bewegen sich die qm-Mieten hauptsächlich zwischen

1,00 und 3,00 DM (83 % der Altbauten, die von 1919 bis 1948 gebaut worden sind) und unter 2,50 DM (80 % der bis 1918 entstandenen Altbauten). Schwächer war die Häufung nur bei den nicht öffentlich geförderten Neubauwohnungen (58 % zwischen 2,00 und 4,00 DM).

Diese Ergebnisse erlauben aber keine qualifizierteren Aussagen über die Mietstruktur bei Alt- und Neubauwohnungen, da der Anteil schlecht ausgestatteter und damit billigerer Wohnungen bei Altbauten wesentlich höher als bei Neubauten ist.

In der Graphik sind daher auch diejenigen Wohnungen besonders eingezeichnet, die hinsichtlich ihrer Ausstattung - Bad, WC und Sammelheizung - als annähernd gleichwertig angesehen werden können. Es versteht sich von selbst, daß derartige Vergleiche nur grob sein können. So ist nicht die regionale Lage, nicht die Lage innerhalb des Ortes, innerhalb des Gebäudes usw. berücksichtigt. Um die Quantität des Untersuchungsmaterials nicht zu sehr zu reduzieren, wurde auch darauf verzichtet, den Faktor Wohnfläche zu eliminieren.

Gut ausgestattete Wohnungen in frei finanzierten Altbauten waren etwa um 1,00 DM pro qm (oder ca. 28 %) billiger als in frei finanzierten Neubauten und um etwa 0,28 DM (oder ca. 10 %) billiger als in öffentlich geförderten Neubauten. Wird aber berücksichtigt, daß der Anteil der Kleinwohnungen bei Neubauten nahezu dreimal so hoch war wie bei Altbauten, so dürften die Unterschiede zwischen derartig "strukturbereinigten" Preisen noch geringer sein als oben dargestellt. Ähnlich wie bei den Wohnungen insgesamt verteilt sich auch hier die Masse der Wohnungen auf relativ wenige Mietpreisklassen, die frei finanzierten Neubauwohnungen wiederum ausgenommen. Wie groß der Vorteil war, Mieter einer öffentlich geförderten Neubauwohnung zu sein, kann man daran sehen, daß neun Zehntel dieser Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung bis zu 3,50 DM pro qm kosteten, während es bei den frei finanzierten Neubauten nur knapp die Hälfte waren.

Die höchsten Mieten in Gemeinden mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern

Um einigermaßen homogenes Material für den Vergleich nach der Gemeindegröße zu erhalten, sollen im folgenden wieder nur Wohnungen betrachtet werden, die über Bad, WC und Sammelheizung verfügen. In Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern hatten nur 15 % der Mietwohnungen diese Ausstattungsstufe. In diesen Gemeinden liegen, verglichen mit anderen Gemeindegrößeklassen, besondere Ver-

hältnisse vor. Bei den Mietwohnungen, die hier im Verhältnis zu den Eigentümerwohnungen recht selten vorkommen, handelt es sich vermutlich häufig um solche, die ehemals als Altenteilerwohnungen vorgesehen waren und nur über eine Ausstattung verfügen, wie man sie früher für notwendig hielt. Die besser ausgestatteten Wohnungen in dieser Größenklasse sind dagegen meist Eigentümerwohnungen. In Orten mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern waren mehr als vier Zehntel aller Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet, während der Anteil in der Größenklasse 10 000 bis unter 20 000 Einwohner noch gut ein Drittel und in der Größenklasse 5 000 bis 10 000 Einwohner knapp ein Drittel betrug. In Gemeinden mit 2 000 bis unter 5 000 und in denen mit mehr als 100 000 Einwohnern waren es gleichermaßen 29 %, in denen mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern aber nur 21 %. Wie hoch der Anteil der erstklassigen Wohnungen am Gesamtbestand einer Gemeinde ist, dürfte im wesentlichen vom Anteil der Neubauten am Wohngebäudebestand abhängen; denn fast jede zweite Neubauwohnung, aber nur etwa jede achte Altbauwohnung war mit Bad, WC und Sammelheizung ausgerüstet. Die Bautätigkeit nach Kriegsende wiederum wurde hauptsächlich bestimmt durch die wirtschaftliche Expansion und durch das Ausmaß der Kriegszerstörungen. Der erstgenannte Grund gilt besonders für das Randgebiet um Hamburg. So waren z. B. in den Kreisen Pinneberg, Segeberg und Stormarn etwa zwei Drittel der Mietwohnungen Neubauten, im Landesdurchschnitt etwa die Hälfte, in der kreisfreien Stadt Flensburg und im Kreis Dithmarschen nur 41 bzw. 42 %. Das gleiche gilt für die Ausstattung der Wohnungen. Nur in knapp der Hälfte der Kreise waren 25 % und weniger der Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung ausgerüstet. In Nordfriesland und im Kreis Rendsburg-Eckernförde waren es 26 %, im Hzt. Lauenburg 30 %, in den drei Kreisen Pinneberg, Segeberg und Stormarn dagegen knapp die Hälfte. Leider liegt kein gleichartiges Material auf Gemeindeebene vor. Daher können Gemeinden gleicher Größenklasse, aber aus verschiedenen Regionen, hinsichtlich ihrer Mietenstruktur nicht miteinander verglichen werden.

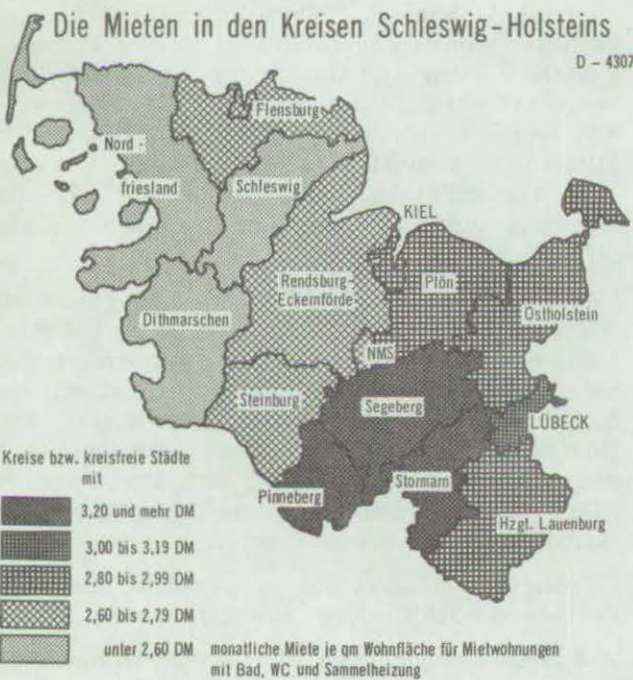
Der Wohnungsbestand in der Größenklasse 50 000 - 100 000 Einwohner, die von den Städten Flensburg und Neumünster gebildet wird, war ausgesprochen schlecht. Von allen Kreisen und kreisfreien Städten schneidet übrigens Flensburg am schlechtesten ab: nur 60 % aller Mietwohnungen in Wohngebäuden hatten WC in der Wohnung, bei etwa einem Drittel befand sich das WC außerhalb der Wohnung im Gebäude, während fast 9 % der Mietwohnungen entweder kein WC oder eines außerhalb des Gebäudes besaßen.

Durchschnittlich am wenigsten müssen Mieter zahlen, die in Gemeinden bis zu 2 000 Einwohnern wohnen.

Auffallend ist, daß die höchsten Mieten in den Größenklassen herrschten, die die beste Wohnungsstruktur hatten, nämlich in Gemeinden mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern, und daß in Neumünster und Flensburg relativ niedrige Mieten gefordert wurden.

Vier Mietpreiszonen in Schleswig-Holstein

Das zweite Bild gibt Aufschluß darüber, wie hoch das Mietenniveau am 25. 10. 1968 in den 12 schleswig-holsteinischen Kreisen und in den 4 kreisfreien Städten war.



Deutlich zeigt sich der Einfluß des Hamburger Randgebietes, der die wachstumsstarken Kreise Pinneberg, Segeberg und Stormarn zur Preisspitzenreitern gemacht hat. Eine zweite Preiszone bildet der Raum Kiel - Lübeck einschließlich der Kreise Ostholstein, Plön und Hzt. Lauenburg. Zu einer dritten Gruppe könnte man die Kreise Rendsburg-Eckernförde, Flensburg-Land und Steinburg und die kreisfreien Städte Neumünster und Flensburg zusammenfassen. Die vierte Zone, die die niedrigsten Durchschnittsmieten hat, wird von den Westküstenkreisen Dithmarschen, Nordfriesland und dem Kreis Schleswig gebildet, also Räume, die hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstruktur zu den schwach entwickelten in Schleswig-Holstein gehören.

In den kreisfreien Städten waren gut ausgestattete Mietwohnungen in Lübeck am teuersten, gefolgt von Kiel, wo die höchsten Mieten für gut ausgestattete Altbauten zu zahlen waren, während in Flensburg und Neumünster - wie schon erwähnt - ein niedrigeres Preisniveau herrschte.

Vergleicht man anstatt des Gesamtbestandes an Mietwohnungen nur die frei finanzierten Neubauwohnungen miteinander, deren Mieten am nachfrageabhängigsten sein dürften, so werden die regionalen Unterschiede noch größer; denn während im Kreis Schleswig 2,73 DM pro qm bezahlt werden mußte, waren es im Kreis Pinneberg 4,09 DM, also genau 50 % mehr.

Um 40 % höhere Mieten bei Einzug im Zeitraum 1967/68

Von den Inhabern einer Mietwohnung wurde auch die Frage nach dem Zeitpunkt ihres Einzuges in die am 25.10.1968 gemietete Wohnung beantwortet. In der Tabelle wird unterschieden,

Einzugsjahr und Miethöhe nach Baualter, Wohnungsgröße und Ausstattung ohne öffentlich geförderte und von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen erstellte Wohnungen

Wohnfläche in qm	Miete in DM je qm bei Einzug		Zunahme der Miete in % bei späterem Einzug		
	vor 1967	1967 und 1968	Wohnungen der Ausstattungsstufe		
			alle	1	2
Bis 1948 errichtet					
unter 40	1,83	2,73	49	48	39
40 - 59	1,79	2,36	32	28	28
60 - 79	1,83	2,36	29	24	28
80 und mehr	1,93	2,34	21	18	16
Zusammen	1,84	2,40	30	23	26
1949 bis 1966 errichtet					
unter 40	3,19	4,17	31	20	33
40 - 59	2,91	3,56	22	16	23
60 - 79	2,97	3,39	14	13	18
80 und mehr	3,01	3,49	16	15	21
Zusammen	2,98	3,53	18	15	21
1967 und 1968 errichtet					
unter 40	.	5,29	.	.	.
40 - 59	.	4,55	.	.	.
60 - 79	.	3,95	.	.	.
80 und mehr	.	3,71	.	.	.
Zusammen	.	4,07	.	.	.
Diese Wohnungen zusammen					
unter 40	2,04	3,19	56	28	37
40 - 59	1,99	2,85	43	28	29
60 - 79	2,19	3,01	37	23	27
80 und mehr	2,17	2,85	31	24	24
Zusammen	2,10	2,94	40	25	28

1) siehe Text, Seite 6

ob der Mieter vor 1967 oder 1967/68, d. h. in der Zeit vom 1. 1. 1967 bis 25. 10. 1968 seine Wohnung bezogen hatte. Hier wurde nur ein Teil der frei finanzierten Wohnungen berücksichtigt; Wohnungen gemeinnütziger Wohnungsbaunternehmen und öffentlich geförderte Wohnungen wurden außer acht gelassen.

Wer 1967/68 eingezogen war, mußte durchschnittlich 40 % mehr Miete zahlen als derjenige, der seine Wohnung schon vor 1967 gemietet hatte. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß dem Vergleich zwei unterschiedliche Massen von Wohnungen zugrunde liegen. Bei den Mietangaben der Einzugsjahre 1967/68 sind nämlich auch die Wohnungen enthalten, die erst zwischen dem 1. 1. 1967 und 25. 10. 1968 fertiggestellt worden sind (etwa 4 % der Summe).

Mieter von Wohnungen mit einer Wohnfläche von weniger als 40 qm mußten bei späterem Einzug sogar 56 % mehr zahlen. War diese Wohnung eine Altbauwohnung, betrug die Erhöhung im Durchschnitt 49 %, bei einer Neubauwohnung, die in der Zeit von 1949 bis 1966 entstanden ist, waren es 31 %. Generell war die Zunahme der Mieten bei Wohnungen gleicher Ausstattung umso geringer, je größer die Wohnfläche war. Ferner war die Mieterhöhung bei den älteren Wohngebäuden (vor 1949) im Durchschnitt größer als bei neueren, anscheinend unabhängig von der Wohnfläche. Bei gut ausgestatteten größeren Neubauwohnungen waren die prozentualen Zunahmen am niedrigsten. Da diese Wohnungen eine hohe monatliche Miete haben, stoßen vermutlich weitere Mieterhöhungen auf Widerstand. In der Regel haben sich die Mieten immer dann umso mehr erhöht, je niedriger vorher die Monatsmiete war. Bei der Preisbildung scheinen also Nachfragefaktoren ausschlaggebend gewesen zu sein, wobei sich die Miethöhe der Altbauwohnungen am Niveau der Neubaumieten orientiert zu haben scheint. Es kann in diesem Zusammenhang nicht festgestellt werden, wie groß die mieterhöhende Wirkung der Liberalisierung des Wohnungsmarktes gewesen ist. Jedoch scheint ein Mieterwechsel für den Vermieter recht häufig Anlaß gewesen zu sein, die Mieten kräftig zu

erhöhen. Das dürfte Ursache für einen Teil der Zunahmen sein. Ein anderer Teil ist dadurch zu erklären, daß die Mieten für Neubauwohnungen, die in den Jahren 1967 und 1968 entstanden sind, sprunghaft gestiegen sind, was ohne Zweifel hauptsächlich auf die Preisentwicklung am Baumarkt zurückzuführen ist. Davon ist u. a. aber auch der öffentlich geförderte Wohnungsbau betroffen, so daß die hier für die frei finanzierten Neubauten beschriebene Entwicklung in der Tendenz für sämtliche Neubauten gilt.

Begriffserläuterungen

"Miete" ist der zwischen dem Mieter und Vermieter vereinbarte Betrag für die Nutzung der Wohnung, unabhängig davon, ob er tatsächlich gezahlt wurde oder nicht.

Im Gegensatz zu frei finanzierten Wohnungen sind die Wohnungen "öffentlich gefördert", die nach der Währungsreform (20. 6. 1948) fertiggestellt worden sind und für die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus öffentliche Mittel bewilligt worden sind. Auch wenn die öffentlichen Mittel nach dem 31. 8. 1965 freiwillig vorzeitig zurückgezahlt (abgelöst) worden sind, gilt die Wohnung zum Zeitpunkt der Zählung noch als öffentlich gefördert.

"Wohnfläche" ist die Fläche der gesamten Wohnung einschließlich Küche, Bad, Toilette, Flur und untervermieteter oder gewerblich genutzter Räume. Unberücksichtigt bleiben die nicht zum Wohnen bestimmten Keller und Bodenräume. Bei Räumen mit schrägen Wänden wurde die unter der Schräge liegende Fläche nur halb gerechnet, die Grundfläche von Balkonen nur zu einem Viertel.

"Wohngebäude" sind solche Gebäude, die mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienen.

Als "Neubauwohnungen" gelten hier Wohnungen, die in 1949 und später errichteten Wohngebäuden lagen. Entsprechend sind Wohnungen in Wohngebäuden, die bis zu diesem Zeitpunkt errichtet worden waren, Altbauwohnungen.

Jörg Rüdel

Die Altersgliederung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung

"Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Konsumkraft und Fortpflanzungsfähigkeit des Menschen sind an gewisse Altersjahre gebunden, sind 'altersspezifisch' differenziert. Darum sind Zahlenangaben über die Größe einer Bevölkerung wenig wert,

wenn man nicht gleichzeitig Angaben über ihren Altersaufbau hat. Der Altersaufbau ist neben dem Geschlecht die wichtigste Gefügeeigenschaft der Bevölkerung." Gerhard Mackenroth, Bevölkerungslehre, 1953.

Zu den wichtigsten Feststellungen einer jeden Volkszählung gehört die Darstellung der Altersgliederung der Bevölkerung. Die zweite Frage des Volkszählungsbogens der letzten Volkszählung im Jahre 1970 war die nach dem vollen Geburtsdatum. Das Geburtsdatum ist die Grundlage für die Berechnung des Alters aller gezählten Personen am Stichtag der Zählung, dem 27. 5. 1970, und damit für ihre genaue Einordnung in die einzelnen Altersgruppen.

Eine Information über die Altersstruktur, sozusagen "auf einen Blick", ermöglicht die Darstellung der Bevölkerung als Bevölkerungspyramide. Jeder einzelne Altersjahrgang ist seiner Größe entsprechend dargestellt, die Gruppe der 0- bis 1jährigen bildet die Basis, die älteren sind darüber geschichtet, links von der Mitte alle Männer und rechts die Frauen.

Die Grafik des Monats auf Seite 12 mit der Darstellung des Altersaufbaus am 27. 5. 1970 und den kleineren Pyramiden der ausgewählten Volkszählungen in den Jahren 1875, 1900, 1925 und 1950 läßt erkennen, wie sich die heutige Alterspyramide im Laufe der Zeit historisch entwickelt hat, und zeigt deutlich, daß die Altersstruktur das Ergebnis einer über ein Jahrhundert reichenden demographischen Entwicklung ist. Da hier für die einzelnen Altersgruppen nicht die Anteile dargestellt sind, sondern ihre absoluten Größen, ist aber auch zu sehen, wie sich die Gesamtbevölkerung Schleswig-Holsteins bei unterschiedlichen Gebietsständen während einer Spanne von fast 100 Jahren zahlenmäßig verändert hat; die von der Pyramide abgedeckte Gesamtfläche entspricht ja proportional der jeweiligen Gesamtbevölkerung. Um den in der flächentreuen Darstellung der 4 kleinen Pyramiden wiedergegebenen jeweiligen Bevölkerungsstand des Landes besser vergleichen zu können, sind in jeder Darstellung die senkrechten Linien, die die Besetzung von 20 000 pro Jahrgang markieren, verstärkt worden.

1875 zählte die damalige Provinz Schleswig-Holstein (einschließlich der 1920 an Dänemark abgetretenen Gebiete) 1 075 000 Einwohner. Die Alterspyramide erscheint deshalb im Vergleich zu den jüngeren recht schmal. Ihre im wahren Sinne des Wortes pyramidenähnliche Gestalt deutet auf ein mehrere Generationen überspannendes, fast ungestörtes Bevölkerungswachstum hin. Sicherlich hätte aber auch diese Pyramide etwas anders ausgesehen, wenn nicht die damalige Provinz durch Wanderungsbewegungen, insbesondere durch Auswanderungen nach Übersee (vorwiegend nach den Vereinigten Staaten) ständig Bevölkerungseinbußen erlitten hätte.

Trotz dieser Wanderungsverluste stieg als Folge der hohen Geburtenüberschüsse die

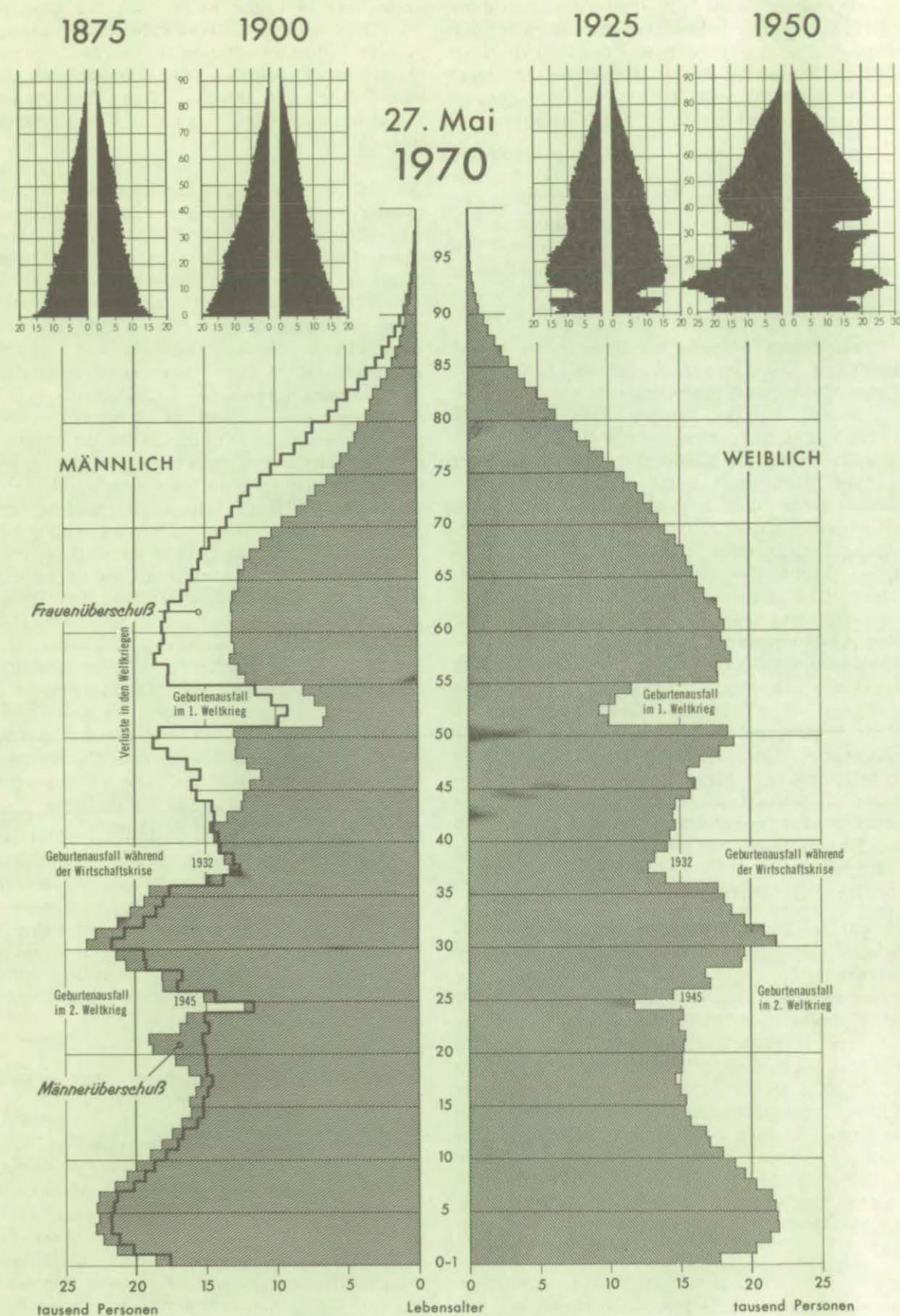
Volkszählung innerhalb der 25 Jahre bis zur Jahrhundertwende auf 1 391 000. Das entsprach einer jährlichen Zuwachsrate von 1,0 %. Auch zu diesem Zeitpunkt weist die Alterspyramide noch ihre typische Form auf. Sie blieb so bis zum Beginn des 1. Weltkrieges erhalten. Ihre Reste sind in der Pyramide von 1970 im oberen Drittel noch deutlich wiederzuerkennen, wobei sich allerdings durch spätere Ereignisse die Relation der Männer zu den Frauen erheblich verschoben hat.

Am 16. 6. 1925 fand die zweite Volkszählung nach dem 1. Weltkrieg und die erste nach der Abtrennung der Landkreise Apenrade, Sonderburg, Hadersleben und Teilen von Flensburg-Land und Tondern statt. Sie erbrachte trotz des Bevölkerungsverlustes durch die Abtrennung eine Bevölkerungszahl von 1 519 000 Einwohnern. Dies führte - wie an der Darstellung sichtbar ist - zu einer Verbreiterung der Bevölkerungspyramide. Auffällig aber ist hier der beginnende Verlust ihrer ebenmäßigen pyramidenartigen Form. Diese ist empfindlich gestört durch die Auswirkungen des 1. Weltkrieges. Zum ersten Male erscheint die durch den starken Geburtenausfall in den Kriegsjahren bedingte intensive Einschnürung bei den Jahrgängen 1915 bis 1918 in der Alterspyramide unseres Landes. Sie wird bis ins nächste Jahrhundert hinein sichtbar bleiben. Die Pyramide zeigt aber auch, welche Verluste der Krieg für die männliche Bevölkerung brachte. Auf der linken Seite ist deutlich eine Einbuchtung, insbesondere bei den 25- bis 35jährigen Männern, zu erkennen. Auch dieses Merkmal bleibt, wenn auch in schwächer werdender Form, während des weiteren Wachstums der Pyramide sichtbar. Im Jahre 1970 betrifft es die Jahrgänge der 70- bis 80jährigen.

Die Alterspyramide des Jahres 1950 ist die breiteste der hier dargestellten fünf. Sie stellt eine Bevölkerung von 2 595 000 Menschen dar. Gerade ein Jahr vorher, 1949, hatte unser Land mit mehr als 2 646 000 Einwohnern seine höchste Bevölkerungszahl gehabt. Die Umsiedlung von Heimatvertriebenen aus dem überbevölkerten Lande hatte bereits intensiv eingesetzt. Die Fortzüge überwogen die Zuzüge.

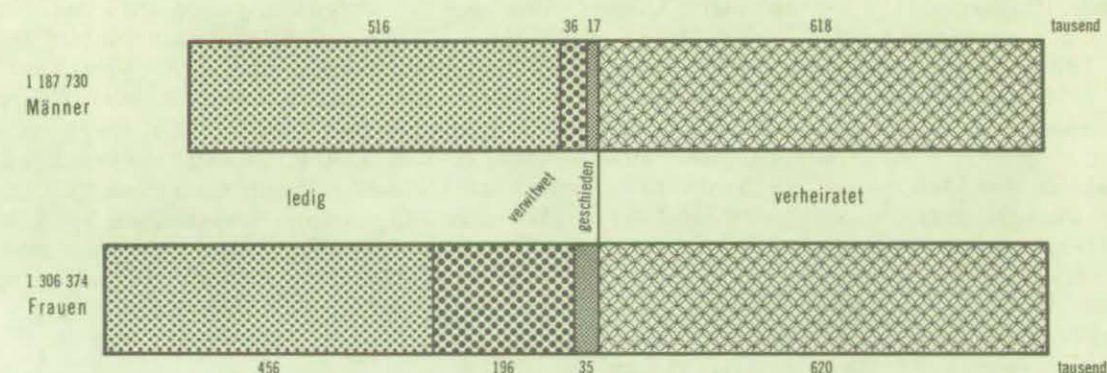
Die Pyramide des Jahres 1970, 20 Jahre später, repräsentiert eine fast genau um 100 000 niedrigere Bevölkerungszahl. Allerdings sank während dieser 20jährigen Periode die Bevölkerungszahl erst einmal bis zum Jahre 1956, insbesondere bedingt durch die erwähnten staatlichen Umsiedlungsmaßnahmen, auf etwa 2 252 000, also um 343 000. Von 1957 an ist dann wieder ein ständiges Wachstum zu verzeichnen, das gegenüber dem Bevölkerungsmilieu nunmehr bis 1970 einen Zuwachs von 242 000 Menschen erbrachte. In dieser Periode

Der Altersaufbau der Einwohner Schleswig-Holsteins bei den Volkszählungen

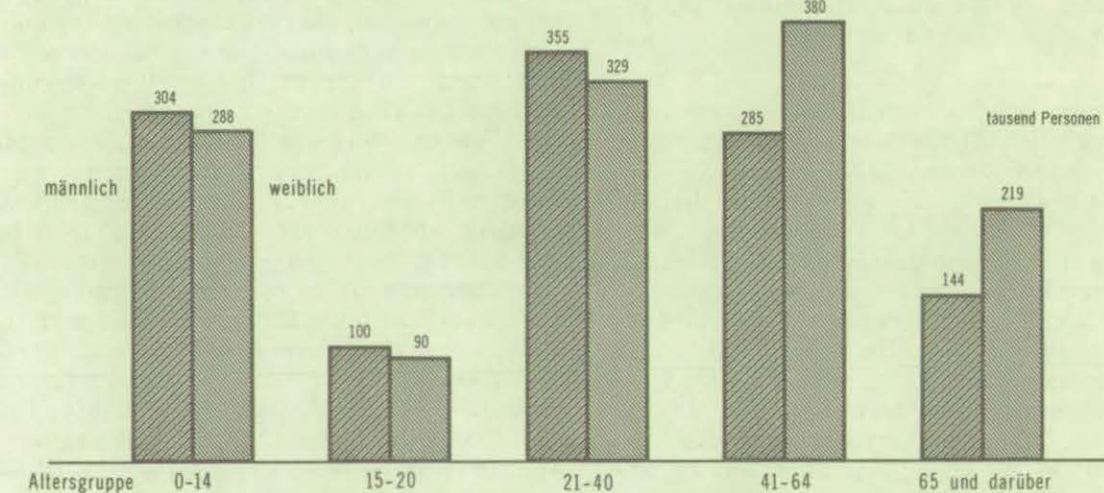


Die Einwohner und ihre Haushalte in Schleswig-Holstein am 27. Mai 1970

GESCHLECHT UND FAMILIENSTAND

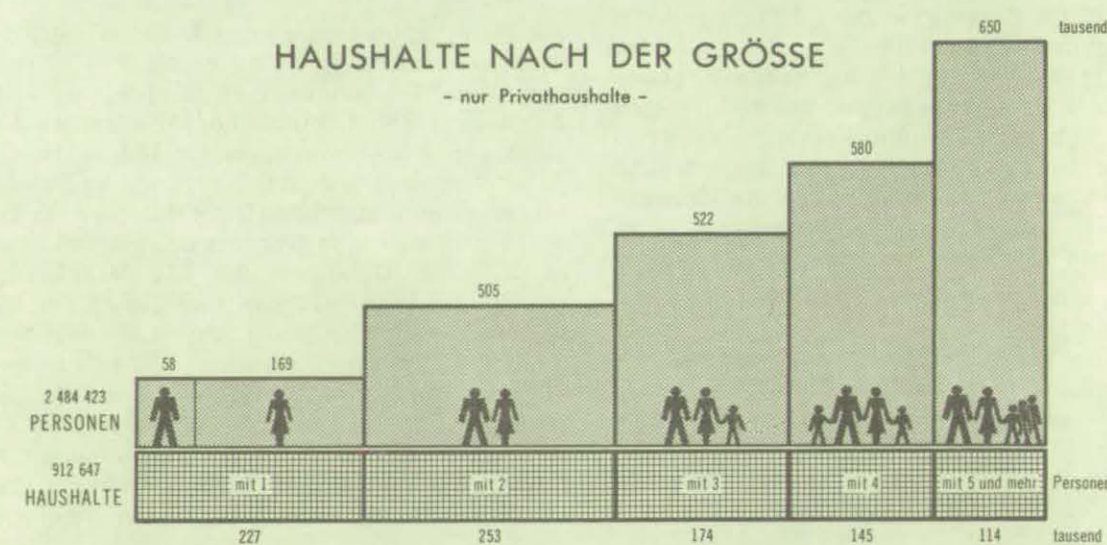


GESCHLECHT UND ALTERSGRUPPE



HAUSHALTE NACH DER GRÖSSE

- nur Privathaushalte -



von 14 Jahren ist die Bevölkerungszahl durchschnittlich jährlich um 0,7 % gestiegen.

Die äußere Form der beiden jüngsten Pyramiden unterscheidet sich sehr deutlich von der der drei älteren. Die historischen Ereignisse der zwei Jahrzehnte zwischen den beiden Weltkriegen und schließlich der 2. Weltkrieg selbst formten den Hintergrund, der in den Jahrgängen, die auf der unteren Hälfte der Alterspyramide 1950 dargestellt sind und in der Pyramide 1970 den mittleren Teil bilden, eine so ungleichmäßige Besetzung bewirkte. Da ist zunächst die Weltwirtschaftskrise, die die Geburtenzahlen der Jahrgänge 1929 bis 1933 mehr oder weniger stark sinken ließ; von 1934 bis 1940 wirkten sich in steigendem Maße die geburtenfördernden Maßnahmen des Dritten Reiches und die rigorose Durchsetzung des Abtreibungsverbots aus; von 1941 bis 1945 unterbleiben infolge der Abwesenheit vieler Männer immer mehr Geburten, wobei sogar an der im Vergleich zum Vorjahr auffallenden Schwäche des Jahrgangs 1942 die besondere Verschärfung der Situation abzulesen ist, die Ausweitung des Krieges auf Rußland herbeiführte.

Die Gefallenen des 2. Weltkrieges kommen aus einer recht großen Zahl von Geburtsjahrgängen, etwa ab 1928 bis zu den Jahrgängen, die kurz nach der Jahrhundertwende geboren wurden. Es haben ja nicht nur - wie im 1. Weltkrieg - vorwiegend reguläre Truppenteile Opfer gebracht, sondern Vertreibung und Luftkrieg forderten ihren Zoll von allen Altersschichten, auch von Frauen. Jugendliche und Alte kamen zum Schluß des Krieges noch zum Einsatz und erlitten Verluste. Es ist nicht ohne weiteres möglich, im zerklüfteten Bild des mittleren Teils der Alterspyramide die Jahrgänge zu erkennen, die besonders hart von den Kriegsverlusten betroffen worden sind. Einen gewissen Anhalt gibt die Darstellung des Frauenüberschusses auf der linken Seite der Pyramide. Im hohen Lebensalter wird der Frauenüberschuß normalerweise durch die höhere Lebenserwartung der Frau verursacht. Er ist aber, was die obere Hälfte der 70er-Pyramide betrifft, durch die Kriegsverluste der Männer erheblich verstärkt, zum Teil mehr als verdoppelt worden.

Wie aus einer früheren Untersuchung des Statistischen Bundesamtes¹ hervorgeht, betraf der durch die Kriegsgefallenen bedingte außergewöhnlich hohe Frauenüberschuß, wie er im Jahre 1961 ersichtlich wurde, besonders die damals etwa 35- bis 55jährigen Frauen, also die Jahrgänge 1906 bis 1926 und die 60- bis 85jährigen, das waren also die Jahrgänge 1875

bis etwa 1900. Heute sind die Frauen, deren männliche Altersgenossen im 2. Weltkrieg besonders hohe Verluste hatten, 44 bis etwa 64 Jahre alt und, soweit es sich um die durch den 1. Weltkrieg bedingten Verluste handelt, bereits über 70 Jahre alt.

Besonders auffällig ist die sehr geringe Besetzung der Geburtsjahrgänge 1915 bis 1919 der Männer. Diese Jahrgänge standen zur Zeit der Volkszählung 1970 im Alter von 51 bis 55 Jahren. Sie waren bereits als Folge der Geburtenausfälle des 1. Weltkrieges - bei Männern und Frauen - sehr schwach besetzt, und die Männer nahmen dann noch überwiegend als aktiv eingesetzte Soldaten am 2. Weltkrieg teil. Diese Jahrgänge sind 1970 nur noch mit 6 000 bis 8 000 Männern besetzt. Das entspricht etwa dem Umfang der Jahrgänge, die zur gleichen Zeit 20 bis 25 Jahre älter waren.

Die Pyramide des Zählungsjahres 1970 zeigt für ihre 20 jüngsten Jahrgänge endlich wieder ein weniger bizarres Bild als in ihrem mittleren Abschnitt. Besonders auf der Männerseite ist zu erkennen, daß die Geburtsjahrgänge 1946 bis 1949 mit damals jeweils 45 000 bis 46 000 Geburten bei recht hoher Bevölkerungszahl und hohen allgemeinen Geburtenziffern recht groß waren. Was der 2. Weltkrieg bis dahin an Geburten verhindert hatte, wurde teilweise jetzt nachgeholt. Wie aus der Alterspyramide deutlich ablesbar ist, folgen bis 1955 kleiner werdende Geburtsjahrgänge, die auf rückläufige Bevölkerungszahlen und auf rückläufige Geburtenziffern zurückzuführen sind. Es war dies die Zeit - vergleichbar etwa mit der Weltwirtschaftskrise -, in der in Schleswig-Holstein eine hohe Arbeitslosigkeit herrschte. Im Winter 1950 wurden fast 250 000 Arbeitslose registriert. Fast jede 4. Erwerbsperson (Erwerbstätige + Arbeitslose) war ohne Beschäftigung.

Ab 1956 beginnt eine neue Entwicklung, die für mehrere Jahre zu einer deutlichen Verbreiterung der Basis unserer Pyramide führte. Diese Periode reichte bis 1966/67; eine wachsende Zahl von Einwohnern, starke ins heiratsfähige Alter tretende Geburtsjahrgänge und steigende allgemeine Geburtenziffern führten zu immer stärker werdenden Geburtsjahrgängen. Von der niedrigsten Geburtenzahl der Nachkriegszeit im Jahre 1955 mit weniger als 32 000 Geburten überstieg die Zahl der Lebendgeborenen 9 Jahre später erstmals 1964 wieder die 45 000er-Grenze. Ab 1968 gehen die Geburtenziffern wieder zurück, was deutlich an den drei jüngsten Altersjahrgängen unserer Pyramide zu erkennen ist². Die hier erstmals auftretenden neuen Komponenten der demographi-

1) Fachserie A, Bevölkerung und Kultur, Volks- und Berufszählung vom 6. 6. 1961, Heft 4, Bevölkerung nach Alter und Familienstand, S. 24

2) siehe hierzu "Geburtenrückgang und schwindender Geburtenüberschuß auch in Schleswig-Holstein" in dieser Zeitschrift 1971, S. 71 (April)

schen Entwicklung sind aus einschlägigen Berichten bekannt.

Regierungsstellen und die verschiedensten Planungsgremien interessieren sich heute stärker als je zuvor für die zukünftige Entwicklung des Altersgefüges der Bevölkerung. Sie wollen und müssen wissen, wie sich z. B. die Zahl der schulpflichtigen Kinder, die der Schüler auf weiterführenden Schulen, die Zahl der Erwerbstätigen oder die Zahl der Alten in der nächsten oder fernerer Zukunft entwickeln wird. Bevölkerungsvorausschätzungen, die nunmehr schon seit zwei Jahrzehnten vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt werden, dienen diesen Zwecken. Die jetzt aus der Volkszählung ermittelte Altersgliederung bildet die neue Grundlage für eine revidierte Bevölkerungsvorausberechnung, die demnächst an diesem Ort veröffentlicht werden wird. Wenn auch das zukunftsgerichtete Denken sich nun endlich immer mehr durchsetzt und inzwischen für viele zur Selbstverständlichkeit geworden ist - zu einer wichtigen statistischen Zahl gehört heute beinahe schon ihre vorausberechnete künftige Entwicklung! -, sollte dennoch auf einen Blick in die Vergangenheit nicht verzichtet werden. Bei der Besprechung unserer heutigen Alterspyramide ist dies bereits geschehen und war zum Verständnis ihrer "Statur" auch notwendig. Nachstehend soll nun versucht werden zu zeigen, wie sich wichtige Altersgruppen in den letzten knapp 100 Jahren, d. h. seit dem Zählungsjahr 1875 entwickelt haben. Dieser Geburtsjahrgang 1875, der damals die Basis der Pyramide bildete, steht heute mit wenigen Überlebenden an der Spitze der Pyramide des Jahres 1970.

Die Einteilung der Bevölkerung in nur drei Altersgruppen ermöglicht bereits einen Einblick in die langfristigen Veränderungen ihres Gefüges in den letzten 100 Jahren:

1. unter 15 Jahre
2. 15 bis unter 65 Jahre
(Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter)
3. über 65 Jahre

Zu der wichtigsten und größten Gruppe, der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, gehörten bis vordem 1. Weltkrieg knapp 60 % der Bevölkerung. Ursache für diesen im Vergleich zu späteren Zählungen relativ kleinen Anteil war die besonders breite Basis dieser Alterspyramiden, eine Folge der damals allgemein hohen Geburtenzahlen. Wenn im Jahre 1925 der Anteil dieser mittleren Bevölkerungsgruppe dann mit 68 % besonders groß war, so lag dies daran, daß sich die extrem geburten schwachen Jahrgänge 1915 bis 1918 noch in der Altersgruppe unter 15 Jahren befanden und die recht starken Jahrgänge aus der Zeit kurz nach der Jahr-

Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins¹ von 1875 bis 1970
nach Geschlecht und Alter

Geschlecht und Altersgruppen	1875 ² Stand 31. 12.	1900 ² 12.	16. 6. 1925 (VZ)	13. 9. 1950 (VZ)	6. 6. 1961 ² (VZ)	27. 5. 1970 (VZ)
in 1 000						
Männlich	537	703	750	1 210	1 094	1 188
Weiblich	538	688	770	1 384	1 224	1 306
Insgesamt	1 075	1 391	1 519	2 595	2 317	2 494
in % der jeweiligen Gesamtbevölkerung						
Männlich						
0 - 14	34,8	34,4	25,9	28,6	22,9	25,6
15 - 64	59,5	59,9	67,4 ^a	61,9	65,6	62,3
65 und darüber	5,6	5,7	6,7 ^a	9,5	11,5	12,1
Weiblich						
0 - 14	34,0	34,7	24,4	23,9	19,4	22,0
15 - 64	60,0	58,8	68,2 ^a	66,0	66,1	61,2
65 und darüber	6,1	6,5	7,3 ^a	10,1	14,5	16,8
Insgesamt						
0 - 14	34,4	34,5	25,1	26,1	21,1	23,7
15 - 64	59,7	59,4	67,8 ^a	64,1	65,9	61,7
65 und darüber	5,9	6,1	7,0 ^a	9,8	13,0	14,6

1) jeweiliger Gebietsstand

2) Die Fälle unbekannten Alters wurden proportional verteilt

a) z. T. geschätzte Zahlen, da ab Altersgruppe 50 nur Angaben in Zehnergruppen veröffentlicht

hundertwende, die am wenigsten durch Kriegsterbefälle betroffen waren, nun in die Klasse der erwerbsfähigen Bevölkerung hereingewachsen waren. Für das Zählungsjahr 1950 ist die unterschiedliche Besetzung dieser Gruppe bei Frauen und Männern bezeichnend: 749 000 Männern im Alter von 15 bis unter 65 Jahren stehen 914 000 Frauen im gleichen Alter gegenüber. Hier fehlen die in den beiden Weltkriegen Gefallenen. Außerdem waren im Jahre 1950 auch noch nicht alle Kriegsgefangenen zurückgekehrt. Zwischen den beiden letzten Volkszählungen wurde wieder ein sinkender Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung festgestellt: 1961 gehörten 66 % und 1970 nur noch 62 % der Bevölkerung dieser Gruppe an.

Auch innerhalb dieser recht großen Gruppe der erwerbsfähigen Bevölkerung, die 50 Jahrgänge umfaßt, haben sich als Folge des unregelmäßigen Altersaufbaus innerhalb der fast 100 Jahre, die unsere Betrachtung überspannt, die Gewichte beträchtlich verschoben. Aus der typischen Pyramidenform der Jahre 1875 und 1900, die auf sehr großen Geburtsjahrgängen fußt und im übrigen weitgehend der natürlichen Absterbeordnung entspricht, ist abzulesen, daß die jüngeren 25 Jahrgänge innerhalb der Gruppe der "Erwerbsfähigen", also die 15- bis unter 40jährigen, weitaus stärker besetzt sind als die älteren 25 Jahrgänge, also die der 40- bis 65jährigen. 1875 und 1900 kamen auf je 100 jüngere Erwerbsfähige 61 und 53 ältere Erwerbsfähige. Das hat sich aber inzwischen

gründlich geändert. 1961 kamen auf 100 Männer im Alter von 15 bis unter 40 Jahren 77 Männer in der zweiten Altershälfte der Erwerbsfähigkeit, und die entsprechende Zahl der Frauen liegt sogar bei 102! 1970 ergibt sich bei den Männern eine Relation von 100 : 68 und bei den Frauen von 100 : 97, oder in absoluten Zahlen ausgedrückt:

441 000 Männern und 405 000 Frauen
im Alter von 15 bis unter 40 Jahren
stehen

299 000 Männer und 395 000 Frauen
im Alter von 40 bis unter 65 Jahren
gegenüber.

Trotz eines Altersunterschiedes von 25 Jahren erkennen wir bei den Frauen in diesen Altersgruppierungen eine nur um 2,5 % differierende Besetzung. Geht man von der Tatsache aus, daß die Frauen im Vergleich zu den Männern nur geringfügige unmittelbare Kriegsverluste zu erleiden hatten, dann bleibt bezüglich der so deutlich anderen Relation bei den Männern - 100 : 68 - nur der Schluß übrig, daß sie auf die Opfer des letzten Krieges zurückzuführen ist, die die Gruppe der heute 40- bis 65jährigen um so viel vermindert haben, wie in dem Abstand von 68 bis 98 zum Ausdruck kommt, also fast um ein Drittel. Bei den Männern zeigt sich nicht, wie beim Blick nur auf sie eventuell zu vermuten wäre, die Auswirkung der Absterbeordnung, wie sie noch bis 1925 rein wirkte, sondern hier wird die große Lücke deutlich, die der letzte Krieg als unmittelbaren Blutzoll gerissen hat. Seine mittelbare Auswirkung - Geburtenausfall - hat ja beide Geschlechter gleichermaßen betroffen und führt - nebst der Komponente der allgemein sinkenden Sterblichkeit - zu der "ausgeglichenen" Relation bei den Frauen.

Es hat wenig Sinn, heute dem so hohen Anteil von 34 % Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren des Jahres 1875 nachzutrauern. Den damaligen hohen Geburtenzahlen sowie die Sterblichkeitsbedingungen, die sich in der Treppenform der Alterspyramide widerspiegeln, entspricht auch ein kleiner Anteil der Bevölkerung im höheren Alter. 1875 und 1900 waren nur rund 6 % der Bevölkerung älter als 65 Jahre. 1970 sind es bei den Männern 12 % und bei den Frauen 17 %. Hieraus ergeben sich selbstverständlich rein rechnerisch Rückwirkungen auf den Anteil der unter 15jährigen, und so erklärt es sich auch, daß auf die Mädchen unter 15 Jahren "nur" 22 % entfallen, während der Anteil der gleichaltrigen Knaben 26 % beträgt. Dagegen unterscheiden sich die absoluten Zahlen der 288 000 Mädchen und 304 000 Knaben unter 15 Jahren weit weniger voneinander. Ihre Differenz entspricht etwa noch dem Knabenüberschuß bei den Geburten. Anderer-

Bevölkerungsveränderung von 1961 bis 1970
nach Alter und Geschlecht

		Altersgruppe				
		unter 15 Jahre	15 - 39	40 - 64	65 und darüber	ins- gesamt
männlich						
Stand 6. 6. 1961 ¹	in 1 000	251	404	313	125	1 094
Veränderung bis 1970	in 1 000	+ 53	+ 37	- 14	+ 18	+ 94
Stand 27. 5. 1970	in 1 000	304	441	299	144	1 188
Veränderung in %		+21,2	+ 9,1	- 4,5	+14,6	+ 8,6
weiblich						
Stand 6. 6. 1961 ¹	in 1 000	238	401	408	177	1 224
Veränderung bis 1970	in 1 000	+ 50	+ 4	- 13	+ 42	+ 83
Stand 27. 5. 1970	in 1 000	288	405	395	219	1 306
Veränderung in %		+21,1	+ 0,9	- 3,2	+23,9	+ 6,8
insgesamt						
Stand 6. 6. 1961 ¹	in 1 000	488	806	721	302	2 317
Veränderung bis 1970	in 1 000	+ 103	+ 40	- 27	+ 61	+177
Stand 27. 5. 1970	in 1 000	591	846	694	363	2 494
Veränderung in %		+21,1	+ 5,0	- 3,8	+20,0	+ 7,6

1) Die Fälle unbekannten Alters wurden proportional verteilt

seits waren 1970 219 000 Frauen über 65 Jahre alt gegenüber 144 000 gleichaltrigen Männern. Auf 100 Männer in diesem Alter kamen mithin 153 Frauen.

Zwischen den beiden letzten Volkszählungen, also während einer Spanne von knapp 9 Jahren, hat die Bevölkerung des Landes um 177 000 Einwohner zugenommen. Die drei wichtigen Altersgruppen sind an dieser Zunahme recht unterschiedlich beteiligt. Die größte Zunahme weisen die unter 15jährigen auf: + 53 000 bei den Knaben und + 50 000 bei den Mädchen. Die Differenz von rund 3 000 entspricht etwa dem Knabenüberschuß bei den Geburten. Nicht so gleichmäßig verteilt sich der Zuwachs von 61 000 bei den über 65 Jahre alten Mitbürgern. Zu fast 70 % entfällt er auf Frauen.

In der Gruppe der erwerbsfähigen Bevölkerung nahm die männliche Bevölkerung um 23 000 zu, während die weibliche Bevölkerung um 9 000 zurückging. Hinter diesen Veränderungen verbirgt sich eine Vielzahl von Ursachen. Eine gewisse Verschiebung für die Geschlechterrelation ergibt sich schon daraus, daß bei den Frauen in den 9 Jahren relativ starke Jahrgänge die 65er-Jahresgrenze überschritten, während bei den Männern die herauswachsenden Jahrgänge durch die Verluste des ersten Krieges stark geschwächt waren.

Besonders bedeutsam für die Entwicklung in dieser Gruppe sind jedoch die Wanderungs-

bewegungen gewesen. Auf die Einflüsse der Wanderungen konnte in den vorstehenden Ausführungen nicht eingegangen werden, da sie genauerer Untersuchungen bedürfen, für die das statistische Material zur Zeit noch nicht vollständig vorliegt.

Seit etwa 1961 wandern in stärkerem Maße ausländische Arbeitnehmer nach Schleswig-Holstein zu, von denen der größere Teil dem männlichen Geschlecht angehört, und werden in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft beschäftigt. Auch hat die Zahl der im Lande stationierten Soldaten gegenüber 1961 zugenommen. Beide Faktoren müssen als Gründe

für die Sonderentwicklung der Zunahme der Männer im erwerbsfähigen Alter angesehen werden. Diese Einflüsse betreffen fast ausschließlich den jüngeren Teil der männlichen erwerbsfähigen Bevölkerung. Sie sind in der Tabelle in der Gruppe der 15- bis 39jährigen enthalten. Diese Gruppe hat seit 1961 einen Zugang von 37 000 Personen zu verzeichnen, während die älteren erwerbsfähigen Männer einen Rückgang von 14 000 aufzuweisen haben.

Gerhard Muske

Vergleiche auch: "Die Bevölkerung des Bundesgebietes nach den Ergebnissen der Volkszählung am 27. 5. 1970" in Wirtschaft und Statistik 1971, S. 735 (Dezember)

Essen außer Haus

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 und einer schleswig-holsteinischen Zusatzerhebung

Nachdem seit Jahren der bundesdeutsche Arbeitsmarkt ausgeschöpft ist und immer mehr Frauen in den Wirtschaftsprozess eingegliedert sind, die somit für die Hausarbeit und die Versorgung der Familie ausfallen, verpflegen sich die Menschen in steigendem Maß außer Haus. Sie suchen einmal oder mehrmals am Tage Gaststätten oder gastronomische Nebenbetriebe des Einzelhandels auf, die sich in Form von Selbstbedienungsrestaurants oder Imbißabteilungen in Warenhäusern, Super- oder Verbrauchermärkten, als Imbißstände, Snack-bars, Cafés und Caféterias oder Caféstände anbieten. Oder sie nehmen im Betrieb oder in ihrer Dienststelle ein warmes Essen aus der Werksküche oder aus Fernküchen ein oder beziehen eßbare Kleinigkeiten wie belegte Brote, Kuchen, Süßigkeiten oder Obst sowie kalte und warme Getränke aus der Betriebskantine oder aus Verpflegungsautomaten.

An der Verpflegung außer Haus nehmen vornehmlich Arbeitnehmer teil, aber auch selbständige Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige, indem sie sich warmes Essen oder kleine Erfrischungen in ihre Geschäfte oder Büros holen oder bringen lassen. Außer Haus werden auch Männer, Frauen und Kinder verpflegt, die sich in Krankenhäusern, Sanatorien, Altersheimen, Kinderheimen, Kindergärten, bei der Bundeswehr und beim Bundesgrenzschutz oder bei der Polizei oder in Vollzugsanstalten befinden oder dort beschäftigt sind.

Über Umfang und Bedeutung der Verpflegung außer Haus gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keine umfassende amtliche Statistik. Die Zahl der täglich so Verpflegten wird

aber nach privaten Berechnungen und Schätzungen¹ im Jahre 1968 mit insgesamt etwa 12 Millionen angegeben. Eine andere Annäherung: Der private Verbrauch des Jahres 1968 belief sich nach den Zahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf 301 Mrd. DM. Davon entfielen auf Nahrungs- und Genußmittel allein rund 95 Mrd. DM. Der Gesamtumsatz aller genannten Verpflegungseinrichtungen betrug - zu Konsumentenpreisen einschließlich Mehrwertsteuer, aber bei Kantinen und Anstalten ohne Personalkosten berechnet - schätzungsweise 24 Mrd. DM. Der Umsatzanteil der Außer-Haus-Verpflegung entsprach also etwa einem Viertel des Verbrauchs an Nahrungs- und Genußmitteln oder 8 % des gesamten privaten Verbrauchs.

Die Einkommenssteigerung in den privaten Haushalten, der Trend zur durchgehenden Arbeitszeit, die wachsende Zahl der Berufspendler, die weiter zunehmende Zahl der berufstätigen Hausfrauen, die zur Erhöhung des Lebensstandards in den Haushalten beitragen und immer weniger gewillt sind, nach einem Arbeitstag noch für die Familie ein warmes Essen zuzubereiten, lassen die von Fachkreisen gehegte Erwartung einer Expansion der Außer-Haus-Verpflegung gerechtfertigt erscheinen. Es kommt hinzu, daß sich die Arbeitgeber stärker denn je dazu genötigt sehen, ihre sozialen Einrichtungen, zu denen die Gemeinschaftsverpflegung im Betrieb gehört, zu verbessern, um Arbeitskräfte an sich zu ziehen und zu binden. Auch wenn man die

1) Prof. Dr. Bruno Tietz in "der verbraucher" 1971, Heft 1, S. 8

Entwicklung der Eßgewohnheiten in den USA als Muster oder Parallele für die hiesigen Verhältnisse nimmt, muß man der Außer-Haus-Verpflegung Wachstumsmöglichkeiten zuerkennen. Dort entfielen auf das Essen außer Haus im Jahre 1962 25 % und im Jahre 1966 35 % aller Ausgaben für Lebensmittel. Für das Jahr 1975 - nach neueren Berechnungen bereits für das Jahr 1973 - wird ein Anteil von 40 % erwartet.

Für einen Teilbereich der Außer-Haus-Verpflegung hat das Statistische Bundesamt im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben bei Haushalten im Bundesgebiet eine gleichlaufende Entwicklung festgestellt². Danach hat sich in der Zeit von 1963 bis 1969 die Zahl der Personen, die regelmäßig an Kantinenessen teilnahmen, d. h. täglich eine warme Mahlzeit außerhalb des Hauses in Gemeinschaftsverpflegung einnahmen, von 3,2 auf 4,1 Millionen erhöht, was einem Zuwachs von mehr als einem Viertel entspricht. Dem Wandel der Verbrauchsgewohnheiten entsprechend stieg nach einer Mitteilung des Bundesgewerbeverbandes der Imbißbetriebe der Umsatz der 34 000 stationären Imbißbetriebe im Jahre 1969 auf mehr als 6 Mrd. DM, was eine Zuwachsrate von 38 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet.

Obwohl der Anteil der Nahrungs- und Genußmittel am gesamten privaten Verbrauch in den letzten Jahren rückläufig war, erscheint eine Ausweitung der Außer-Haus-Verpflegung auch deswegen möglich, weil die Zahl derer, die täglich zur Zeit einer der Hauptmahlzeiten außer Hause sind, nach privaten Schätzungen weit größer ist als die Zahl derer, die sich bereits außer Haus verpflegen. Sie wird auf etwa 17 bis 20 Millionen beziffert. In der Differenz von 5 bis 8 Millionen Menschen dürfte eine beachtliche Reserve vorhanden sein, die von der Gastronomie und den anderen Verpflegungseinrichtungen aufgefangen werden kann.

Die Chancen, die in dieser Entwicklung liegen, haben bisher überwiegend Kaufhäuser, Super- und Verbrauchermärkte genutzt, die die organisatorischen, technischen und finanziellen Voraussetzungen für ein brauchbares Speisen- und Getränkeangebot leichter schaffen konnten als der bereits durch strukturelle Wandlungen hart bedrängte Lebensmitteleinzelhandel und das Ernährungshandwerk. Gerade den Betrieben letzterer Art bietet sich aber hier eine Möglichkeit, verlorenes Absatzterrain wiederzugewinnen. Besser und schneller als bisher sollten sich jedenfalls die Zulieferer solcher Beköstigungsbetriebe den veränderten Anforderungen anpassen, indem sie das Warensorti-

ment vorbereiteter und verzehrfertiger Lebensmittel für den Großverbraucherbedarf verbreitern und qualitativ verbessern, um die Eintönigkeit der Gemeinschaftsverpflegung zu überwinden.

Schon diese allgemeinen Andeutungen zeigen, daß der Komplex der Außer-Haus-Verpflegung vielschichtig ist und mehrere Bereiche der Volkswirtschaft betrifft. Mit ihm sind nicht nur Kosten- und Einkommensgesichtspunkte verknüpft, sondern er schließt darüber hinaus fiskal-, sozial- und gesundheitspolitische Fragen ein. Aus dieser Sicht ist es begrüßenswert, daß sich die amtliche Statistik über die gewerblich orientierten Erkenntnismöglichkeiten zu diesem Thema hinaus, die sich aus der Umsatzsteuerstatistik und den Handels- und Gaststättenzählungen ergeben, um eine Erhellung des Sachverhalts vom Standpunkt des Verbrauchers her bemüht.

Private Haushalte¹ mit Teilnehmern an Kantinenessen nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes und nach der Haushaltsgröße im Januar 1969

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes — Haushaltsgröße	Haushalte mit Personen, die			Per- sonen, die			darunter Personen, die regelmäßig		
	ins- gesamt			an Kantinenessen teilnehmen					
	In 1 000	In 1 000	Anteil in %	In 1 000	In 1 000	Anteil in %	In 1 000	In 1 000	Anteil in %
Landwirt	757	66	9	80	65	81			
Selbständiger ²	1 713	203	12	241	174	72			
Beamter	1 258	415	33	489	359	73			
Angestellter	3 652	1 480	41	1 742	1 426	82			
Arbeiter	6 329	1 718	27	2 054	1 612	78			
Nichterwerbstätiger	6 855	573	8	670	493	74			
Insgesamt	20 565	4 455	22	5 277	4 129	78			

1) ohne Haushalte von Ausländern und ohne Privathaushalte in Anstalten

2) Gewerbetreibender, freiberuflich Tätiger

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969

Bereits im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 hatte das Statistische Bundesamt die in die Erhebung einbezogenen privaten Haushalte danach gefragt, wieviele Haushaltsmitglieder regelmäßig am Kantinenessen teilnehmen. Durch Hochrechnung auf die Gesamtheit der privaten Haushalte ergab sich damals eine Zahl von 3,2 Mill. Personen. Sie wurde nicht veröffentlicht, weil das Ergebnis in Anbetracht dessen, daß man die unregelmäßigen Teilnehmer nicht miterfragt hatte, nicht ausreichend sicher erschien. Unterdessen hat das Statistische Bundesamt in das Grundinterview der Einkommens-

2) Wirtschaft und Statistik 1970, Heft 7, S. 367 - 369

und Verbrauchsstichprobe 1969 die Frage aufgenommen und ausgewertet, ob und wieviele Haushaltsmitglieder regelmäßig oder gelegentlich eine warme Hauptmahlzeit außerhalb des Hauses im Rahmen einer Gemeinschaftsverpflegung (Kantinenessen) einnehmen. Als "regelmäßig" galt die Teilnahme, wenn der Betreffende an den meisten geleisteten Arbeitstagen ein Essen in der Kantine zu sich nahm. Die Gemeinschaftsverpflegung in Anstalten, vor allem die Gemeinschaftsverpflegung der Wehrdienstpflichtigen, ist durch die Art der Fragestellung und durch die in diesen Erhebungen übliche Abgrenzung des Haushaltsbegriffs in den ermittelten Daten nicht enthalten.

Danach nahmen im Januar 1969 in der Bundesrepublik Deutschland etwa 5,3 Mill. Personen an Kantinenessen teil, darunter 4,1 Mill. oder 78 % regelmäßig. Das sind rund ein Fünftel und ein Sechstel der etwa 25 Mill. Erwerbstätigen des Jahres 1969. Unterstellt man einmal, daß ein Kantinenessen im Durchschnitt 3 DM kostet, so ergibt sich für die ausgegebenen Essen monatlich ein Betrag von schätzungsweise 300 Mill. DM. Das wären im Jahr 3,6 Mrd. DM gewesen, die vom Arbeitnehmer oder Arbeitgeber dafür aufzubringen waren. Wertmäßig würde also etwa ein Siebtel der Außer-Haus-Verpflegung durch die Einrichtungen der betrieblichen Gemeinschaftsverpflegung verabfolgt.

Für die Teilnahme an betrieblicher Gemeinschaftsverpflegung kommen verschiedene Personengruppen ganz oder teilweise nicht in Betracht, so Selbständige und mithelfende Familienangehörige, Erwerbstätige in Kleinbetrieben und bestimmten Wirtschaftszweigen (Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe, Einzelhandel, Dienstleistungsbetriebe, Bahnpersonal, Monteure usw.), Lehrer, ein großer Teil der Schichtarbeiter, Teilzeitbeschäftigte, insbesondere teilzeitbeschäftigte Frauen. Außerdem fallen selbstverständlich diejenigen Arbeitnehmer für das Kantinenessen aus, die wegen Krankheit, Urlaub oder aus dienstlichen Gründen nicht an ihrer Arbeitsstätte sind. Sie können auch nur in seltenen Fällen durch Werks- oder Fernküchen versorgt werden, sind aber häufig Abnehmer von Außer-Haus-Verpflegung in anderen Versorgungseinrichtungen (z. B. in Krankenanstalten) oder gewerblichen Gaststätten. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß nur etwa die Hälfte aller Erwerbstätigen in der Lage ist, von der Möglichkeit einer betrieblichen Gemeinschaftsverpflegung Gebrauch zu machen, und daß von diesen Personen allenfalls jede zweite die vorhandene Möglichkeit auch tatsächlich nutzt.

Der Anteil der Haushalte mit gemeinschaftsverpflegten Personen (ohne Haushalte von Aus-

ländern und ohne private Haushalte in Anstalten) war nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 im Vergleich zur Gesamtzahl der Haushalte je nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes unterschiedlich. Insgesamt gesehen kamen vier Fünftel der Essenteilnehmer aus Haushalten mit einem Arbeitnehmer als Haushaltsvorstand. Am häufigsten fanden sich Haushalte mit Teilnehmern am Kantinenessen bei den Angestellten (41 %). Es folgten die Beamtenhaushalte mit 33 % und die Arbeiterhaushalte mit 27 %. Bei Landwirten, selbständigen Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen und bei Nichterwerbstätigen gab es nur in etwa jedem 10. Haushalt Personen, die an Kantinenessen teilnahmen, wobei es sich in der Regel nicht um die Haushaltsvorstände selbst gehandelt haben dürfte. Für die Haushalte insgesamt wurde ein durchschnittlicher Anteil der Haushalte mit Teilnehmern an Kantinenessen von 22 % ermittelt.

Beschränkt man die Betrachtung auf die Arbeitnehmerhaushalte und gliedert sie zusätzlich nach der Haushaltsgröße, so stellt sich heraus, daß alleinlebende Personen, die einen eigenen Haushalt bilden, viel eher als Mehr-Personen-Haushalte geneigt sind, sich an einer vorhandenen Gemeinschaftsverpflegung zu beteiligen, weil für sie die Zubereitung einer eigenen Mahlzeit oft unmöglich oder doch unwirtschaftlich ist. Bei Mehr-Personen-Haushalten wird offenbar doch noch öfter am häuslichen Mittagstisch festgehalten, sofern die Ehefrau nicht erwerbstätig und die Entfernung von Arbeitsstätte und Wohnung nicht zu groß ist. So gab es z. B. bei den Angestellten Personen mit Kantinenessen nur in 38 bis 39 % aller Haushalte mit zwei und mehr Haushaltsmitgliedern, aber in 50 % der Ein-Personen-Haushalte.

Am Beispiel der Vier-Personen-Haushalte von Angestellten kann auch der Zusammenhang

Private Haushalte¹ mit Teilnehmern an Kantinenessen nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen im Januar 1969

Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Haushalte mit Personen, die		Personen, die	
	insgesamt in 1 000	an Kantinenessen teilnehmen in 1 000	Anteil in %	in 1 000
unter 800	57	(11)	(19)	(11)
800 – 1 200	267	87	33	93
1 200 – 1 800	269	119	44	144
1 800 und mehr	172	83	48	107

1) Vier-Personen-Haushalte mit einem Angestellten als Haushaltsvorstand; ohne Haushalte von Ausländern und ohne Privathaushalte in Anstalten

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969

zwischen der Höhe des Haushaltseinkommens und der Beteiligung an Kantinenessen aufgezeigt werden. Je höher das Haushaltseinkommen, desto höher ist der Anteil der Haushalte mit Personen, die von der Möglichkeit der betrieblichen Gemeinschaftsverpflegung Gebrauch machen. Er stieg von 19 % bei einem Haushaltseinkommen von weniger als 800 DM auf 48 % bei einem Einkommen von 1 800 und mehr DM. Gleichzeitig erhöhte sich die durchschnittliche Zahl der Teilnehmer an Kantinenessen je Haushalt von 1,00 auf 1,29. Das dürfte bedeuten: wenn die Zahl der Einkommensbezieher im Haushalt zunimmt, nimmt auch die Zahl der Personen zu, die an Kantinenessen teilnehmen; die höhere Zahl der Teilnehmer an Kantinenessen je Haushalt ist also im Grunde nur ein Spiegelbild der entsprechend höheren Zahl der Einkommensbezieher. Es erscheint keineswegs sicher, daß sich eine Zunahme der Beteiligung an Kantinenessen mit steigendem Einkommen auch dann nachweisen ließe, wenn man die Aussage auf Haushalte mit nur einem Einkommensbezieher beschränkte.

Mit dem Thema "Eßgewohnheiten" befaßt sich auch eine Untersuchung des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, die in Verbindung mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 in Schleswig-Holstein durchgeführt wurde³. Im Rahmen des Grundinterviews wurde in den rund 2 000 erfaßten schleswig-holsteinischen Haushalten erfragt, wo und in welcher Form die rund 6 000 Haushaltsmitglieder ihre Mahlzeiten einnehmen. Da sich die einzelnen sozialen Schichten aber unterschiedlich an der Einkommens- und Ver-

brauchsstichprobe beteiligt haben, so daß die Haushalte der Selbständigen und auch der Arbeiter unterrepräsentiert waren, während die Haushalte von Angestellten und besonders von Beamten zahlreicher vertreten waren, als ihrem Anteil an allen Haushaltungen entsprochen hätte, enthalten die Ergebnisse der Sondererhebung gewisse Verzerrungen gegenüber allen schleswig-holsteinischen Haushalten.

Vorweg kann festgestellt werden, daß von einer Eßgewohnheit, ein kaltes oder warmes Abendessen außerhalb des Hauses einzunehmen, nicht die Rede sein kann. Nur sehr wenige der rund 2 100 erfaßten erwerbstätigen Haushaltsmitglieder und noch weniger von den rund 3 900 nichterwerbstätigen aßen abends regelmäßig außer Hause; soweit es sie überhaupt gab, handelt es sich nahezu ausschließlich um Arbeitnehmer.

Die Frage, wieviele der erwerbstätigen Haushaltsmitglieder ihr Mittagessen zu Hause und wieviele es außerhalb des Hauses einnehmen, erbrachte folgendes Resultat: 53 % nahmen ein warmes Mittagessen zu Hause und 2 % ein kaltes zu Hause; 44 % aßen mittags außerhalb des Hauses, und zwar davon etwa die Hälfte warm und die andere Hälfte kalt. Das Gros derer, die mittags außer Hause aßen, waren Arbeitnehmer (98 %), von denen allerdings weniger als die Hälfte, d. h. nur 48 %, ein warmes Essen hatten.

Diese Zahlen variieren nach der Berufstätigkeit der Personen. Während 98 % der Landwirte und 81 % der selbständigen Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen ein warmes

Erwerbstätige Haushaltsmitglieder nach Stellung im Beruf und Eßgewohnheit¹ im Januar 1969

Stellung im Beruf	Eßgewohnheit für Mittag- und Abendessen					Personen	
	kaltes oder warmes Abendessen zu Hause				sonstige		
	warmes		kaltes		insgesamt	Anteil in %	
	Mittagessen						
	zu Hause	außerhalb	zu Hause	außerhalb			
Landwirte	113	1	1	—	—	115	5,5
Selbständige ²	108	10	2	12	1	133	6,3
Beamte	190	63	1	21	3	278	13,2
Angestellte	350	249	16	148	5	768	36,4
Arbeiter	243	129	20	303	13	708	33,6
Mithelfende Familienangehörige	103	—	3	—	—	106	5,0
Insgesamt	1 107	452	43	484	22	2 108	100
In %	52,5	21,4	2,0	23,0	1,0	100	.

1) Ergebnis der schleswig-holsteinischen Zusatzerhebung zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969; ohne Haushalte von Ausländern und ohne Privathaushalte in Anstalten

2) Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige

3) siehe den Statistischen Bericht 0 0/Einkommens- und Verkaufsstichprobe 1969 vom 1. 10. 1971

Mittag zu Hause aßen, waren es bei den Beamten nur 68 %, bei den Angestellten 46 % und bei den Arbeitern 34 %. Die mithelfenden Familienangehörigen der Selbständigen und der Landwirte aßen zu 97 % mittags warm zu Hause.

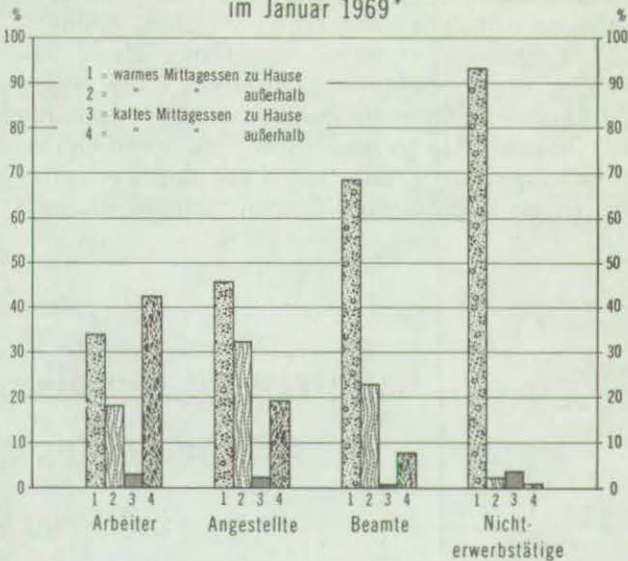
Ein kaltes Mittagessen zu Hause kam vornehmlich bei mithelfenden Familienangehörigen, Arbeitern und Angestellten vor, bei den anderen Berufsgruppen weniger.

Ein warmes Mittagessen außerhalb des Hauses nahmen 32 % der erfaßten Angestellten, 23 % der Beamten, 18 % der Arbeiter und 8 % der Selbständigen ein, Landwirte kaum (1 %) und mithelfende Familienangehörige gar nicht. Am kalten Mittagessen außerhalb waren die Arbeiter mit 43 % am stärksten beteiligt, mit Abstand gefolgt von den Angestellten (19 %), den Selbständigen (9 %) und den Beamten (8 %). Bei Landwirten und mithelfenden Familienangehörigen gab es diese Eßgewohnheit nicht.

Je nachdem das Mittagessen warm oder kalt war, gab es ein kaltes oder warmes Abendessen, so daß in der Regel am Tage eine warme Hauptmahlzeit eingenommen wurde. Bei den Landwirten und den mithelfenden Familienangehörigen bestand allerdings jeweils zu rund einem Fünftel die Gewohnheit, neben einem warmen Mittagessen auch noch ein warmes Abendessen zu Hause zu sich zu nehmen.

Nach ihrer Stellung im Haushalt waren die erwerbstätigen Haushaltsmitglieder zu 66 % Haushaltungsvorstände, zu 18 % Ehefrauen und zu 16 % Kinder der Haushaltungsvorstände (ungeachtet ihres Alters). Ein Viertel der Haushaltungsvorstände nahmen ein warmes und gleichfalls ein Viertel ein kaltes Mittagessen außerhalb des Hauses ein; von den Ehefrauen

Die Mittag-Eßgewohnheiten ausgewählter Gruppen im Januar 1969*



* Ergebnis einer schleswig-holsteinischen Zusatzerhebung zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969; ohne Haushalte von Ausländern und ohne Privathaushalte in Anstalten

waren es 14 bzw. 11 % und von den Kindern 24 bzw. 32 %.

Von den nichterwerbstätigen Haushaltsmitgliedern aßen 97 % mittags zu Hause, nämlich 93 % warm und 4 % kalt; der Rest von 3 % aß mittags außerhalb des Hauses, und zwar davon zwei Drittel warm und eines kalt. Das warme Mittagessen außer Haus wurde hauptsächlich von den nichterwerbstätigen Haushaltungsvorständen sowie von deren Kindern (Schüler, Studenten, Kleinkinder) eingenommen.

Da in der schleswig-holsteinischen Erhebung nicht zwischen Mittagessen in gewerblichen

Nichterwerbstätige Haushaltsmitglieder nach Stellung im Haushalt und Eßgewohnheit¹ im Januar 1969

Stellung im Haushalt	Eßgewohnheit für Mittag- und Abendessen					Personen	
	kaltes oder warmes Abendessen zu Hause				sonstige		
	warmes Mittagessen		kaltes Mittagessen			insgesamt	Anteil in %
	zu Hause	außerhalb	zu Hause	außerhalb			
Haushaltsvorstände	590	18	10	2	4	624	16,1
Ehefrauen	1 151	4	74	14	10	1 253	32,3
Kinder (Kleinkinder)	749	16	14	1	4	784	20,2
Kinder (Schüler und Studenten)	1 012	40	39	8	5	1 104	28,5
Sonstige Haushaltsmitglieder	107	—	3	3	—	113	2,9
Insgesamt	3 609	78	140	28	23	3 878	100
In %	93,1	2,0	3,6	0,7	0,6	100	

1) Ergebnis der schleswig-holsteinischen Zusatzerhebung zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969; ohne Haushalte von Ausländern und ohne Privathaushalte in Anstalten

Gaststätten und in Kantinen unterschieden wurde, läßt sich aus ihrem Zahlenmaterial speziell für die Teilnahme am Kantinenessen keine unmittelbare Aussage herleiten. Immerhin dürften nicht allzu viele der Erwerbstätigen, die in Schleswig-Holstein ein warmes Mittagessen außer Hause konsumierten, dafür die Gastronomie in Anspruch genommen haben. Wenn auch nicht alle der 22 % der erwerbstätigen Haushaltsmitglieder mit einem warmen

Mittagessen außerhalb des Hauses Kantinenesser waren, so doch ein großer Teil. Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen Schleswig-Holsteins dürfte annähernd dem runden Sechstel der Erwerbstätigen entsprechen, die im Bundesgebiet regelmäßig am Kantinenessen teilnehmen.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Einkommens- und Verbrauchsstichproben" in dieser Zeitschrift 1971, S. 181 (September)

Langfristige Bevölkerungsvorausschätzung für Schleswig-Holstein

Teil 2: mit Wanderungen

Die Einwohnerzahl einer Region wird durch Geburten- und Sterbefälle sowie durch Zu- und Fortzüge über die Grenzen der Region verändert. Diese vier Komponenten wurden auch in der "3. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung", deren Methode vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit den Statistischen Landesämtern entwickelt worden ist, berücksichtigt. Die Bevölkerungsvorausschätzung besteht dabei aus zwei Teilen, und zwar aus einer Vorausschätzung ohne Wanderungen, die für Schleswig-Holstein bereits veröffentlicht worden ist¹⁾, und aus einer Vorausschätzung mit Wanderungen, über die im Folgenden berichtet werden soll. Beide Berechnungen haben einen Nachteil. Sie basieren auf dem Bevölkerungsstand vom 1. Januar 1970, d. h. auf Eingabedaten, die nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung Mai 1970 als überholt angesehen werden müssen. Hierüber ist im Teil 1 der Veröffentlichung ausführlich berichtet worden. Die Verbesserung der Vorausberechnung, die sich durch Verwenden neuer Ausgangszahlen erreichen läßt, die auf dem Ergebnis der Volkszählung beruhen, wirkt sich allerdings mehr auf das Niveau der Ergebnisse aus als auf die Veränderungsraten. Die Zahlen für künftige Jahre werden etwa um so viel tiefer liegen, wie das Volkszählungsergebnis unter der fortgeschriebenen Bevölkerungszahl liegen wird. Wenig berührt werden die für die Fortrechnung entscheidenden Werte für die Geburten und Sterbefälle, Zu- und Fortzüge, so daß auch die nachstehenden Feststellungen über den Einfluß der Wanderungen auf die künftige Bevölkerungsentwicklung nur wenig betroffen werden.

Die Faktoren, die die Bevölkerungsentwicklung beeinflussen, wenn die Wanderungen nicht einbezogen werden, sind die Geburten- und Sterbefälle. In die Bevölkerungsvorausschätzung ohne Wanderungen sind also lediglich die Auswirkungen der langfristigen Entwicklung dieser beiden Komponenten eingeflossen. Es ist möglich - so hat die Erfahrung gelehrt -, die zukünftige Entwicklung der Zahl der Sterbefälle mit einem hohen Grad an Genauigkeit vorauszuberechnen. Da sich im allgemeinen das generative Verhalten der Bevölkerung nur langsam verändert, gehört auch die Zahl der Geborenen zu den vorausschätzbaren Größen. Daß diese Aussage für die letzten Jahre allerdings nicht ganz gestimmt hat, und was dabei zu beachten war, ist dem ersten Teil dieses Aufsatzes zu entnehmen. Dennoch kann behauptet werden, daß die biologischen Komponenten sehr viel leichter in den Griff zu bekommen sind als die Wanderungsbewegung.

Die Bevölkerungsvorausschätzung mit Wanderungen berücksichtigt nicht nur die Entwicklung der Geburten- und Sterbefälle, sondern darüber hinaus auch die Zu- und Fortzüge über die Landesgrenze. Die mit Hilfe der biologischen Komponenten "fortgeschriebene" Bevölkerung wird durch die Wanderungen in ihrer Zahl und in ihrer Zusammensetzung verändert. Dadurch verändert sich aber auch mittelbar, nämlich über den veränderten Bevölkerungsaufbau, die Zahl der Geburten- und Sterbefälle.

Die Wanderungsbewegung hängt von vielen Einflußfaktoren ab, die weder voraussehbar, noch quantifizierbar sind, so daß ihre Entwicklung kaum befriedigend vorausberechnet werden kann. Man muß sich daher darauf beschränken, ein oder auch mehrere Voraus-

1) "Langfristige Bevölkerungsvorausschätzung für Schleswig-Holstein - Teil 1: ohne Wanderungen" in dieser Zeitschrift, Juli 1971, Seite 118

schätzungsmodelle mit hypothetischen Wanderungsansätzen durchzurechnen. Ob man in dieses Modell Erfahrungswerte der Vergangenheit, planerische Zielvorstellungen für die Zukunft oder auf anderen Denkansätzen beruhende Annahmen einspielt, ist eine Frage der Entscheidung.

Grundlage für die Festlegung der zukünftigen Wanderungsströme über die Landesgrenze Schleswig-Holsteins war eine Analyse der bisher beobachteten Wanderungsbewegung. Dabei zeigte sich eine seit vielen Jahren positive Wanderungsbilanz für Schleswig-Holstein, d. h., die Zahl der Zugezogenen war immer größer als die der Fortgezogenen. Besonders zu beachten war die Wanderungsaktivität mit dem benachbarten Hamburg. In zehn Jahren, nämlich von 1961 bis 1970, hat Schleswig-Holstein einen Wanderungsgewinn von insgesamt 153 700 Personen aufzuweisen gehabt.

Jahr	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungsgewinn	
	Über die Landesgrenze		insgesamt	darunter mit Hamburg
	1 000 Personen			
1961	84,4	71,5	12,9	3,7
1962	82,5	73,7	8,8	3,4
1963	83,1	73,2	9,9	3,2
1964	86,9	74,3	12,7	6,9
1965	92,3	73,8	18,5	9,7
1966	92,4	74,8	17,6	9,9
1967	88,9	77,5	11,4	8,7
1968	91,2	73,9	17,3	9,5
1969	97,3	76,7	20,6	10,3
1970	100,6	76,6	24,0	9,2

Bei dem Versuch, die Wanderungsbewegung in die Bevölkerungsvorausschätzung einzubeziehen, wurde davon ausgegangen, daß sich die Bevölkerung Schleswig-Holsteins auch weiterhin durch Wanderungsgewinne vergrößern wird. Der statistische Ansatz in der Modellberechnung sieht ferner vor, daß der Wanderungsgewinn in den kommenden eineinhalb Jahrzehnten allmählich geringer werden wird. Für den Zeitraum von 1970 bis 1984 wurde ein Wanderungsgewinn in Höhe von insgesamt 190 000 Personen unterstellt, der sich wie folgt auf die einzelnen Vorausschätzungsjahre verteilt (siehe Tabelle).

Für die Gliederung der vorstehenden Wanderungsgewinne nach Alter und Geschlecht waren die Durchschnittswerte für die Jahre 1968 und 1969 maßgebend. Die nach Alter und Geschlecht gegliederte "fortgeschriebene" Bevölkerung wurde Jahr für Jahr um den Wanderungsüberschuß vergrößert. Dabei unterlag die Wanderungsbevölkerung denselben

Jahr	Wanderungsgewinn (Personen)	Jahr	Wanderungsgewinn (Personen)
1970	20 000 ^a	1978	12 200
1971	16 500	1979	11 300
1972	16 300	1980	10 400
1973	16 100	1981	9 400
1974	15 800	1982	8 500
1975	14 900	1983	7 600
1976	14 000	1984	6 700
1977	13 100		

a) Der Wanderungsgewinn ist in dieser Höhe in die Vorausschätzung eingegangen, während er tatsächlich 24 000 Personen betragen hat

Anmerkung:

Um die Berechnungen zu erleichtern, wurden aus technischen Gründen die vorstehenden Wanderungsgewinne in der Vorausberechnung noch etwas modifiziert. Auswirkungen auf den Wanderungsgewinn insgesamt ergaben sich dadurch nicht

quantitativen demographischen Wahrscheinlichkeiten wie die Basisbevölkerung.

Es sei nochmals betont, daß es sich bei den vorstehenden Wanderungssalden um statistische Ansätze handelt. Aus diesem Grunde wird auch darauf verzichtet, für die Wanderungshypothese irgendeine - z. B. ökonomische - Begründung zu geben. Die Daten der Vergangenheit und die daraus absehbaren Entwicklungstendenzen machen jedoch die Vermutung über den gewählten Wanderungsansatz durchaus plausibel.

Welche Auswirkungen die Wanderungen auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung Schleswig-Holsteins haben können, wird deutlich, wenn die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausschätzungen mit und ohne Wanderungen miteinander verglichen werden:

Am 1. 1. des Jahres	Bevölkerungsvorausschätzung		
	ohne	mit	Differenz
	Wanderungen		
	1 000 Personen		
1970	2 557	2 557	-
1975	2 579	2 666	+ 87
1980	2 592	2 748	+ 156
1985	2 611	2 810	+ 199

Die vorstehenden Ergebnisse zeigen, daß die Differenz zwischen der Bevölkerungsvorausschätzung ohne Wanderungen und der mit Wanderungen bereits in eineinhalb Jahrzehnten unter den gegebenen Annahmen rund 200 000 Personen betragen wird. Zunächst einmal werden im Laufe von 15 Jahren 190 000 Personen mehr zugezogen als fortgezogen sein. Diese durch Wanderungsgewinn hinzugekommene Bevölkerung wird in dem genannten

Zeitraum noch weitere 10 000 Personen bringen, und zwar durch ihren Geburtenüberschuß und den rechnerisch auf sie entfallenden weiteren Wanderungsgewinn.

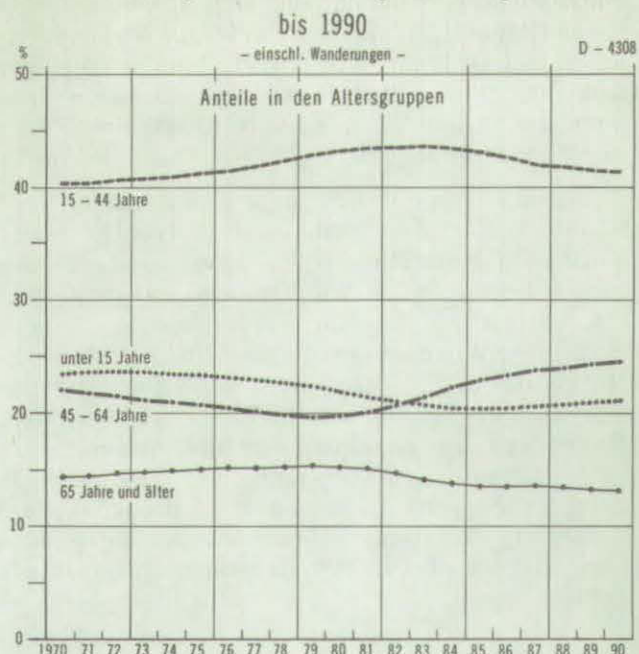
Wenn es sich hier auch nur um eine Modellberechnung handelt, so muß sich doch jeder, der mit den Ergebnissen der Bevölkerungsvorausschätzung ohne Wanderungen arbeiten will, darüber im klaren sein, daß die Komponente Wanderungen einen erheblichen Einfluß auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung Schleswig-Holsteins haben wird. Dabei sind die regionalen Unterschiede innerhalb des Landes noch nicht einmal berücksichtigt, man kann jedoch annehmen, daß der Wanderungseinfluß auf die künftige Bevölkerungsentwicklung in Regionen stärker hervortritt als im Landesmittel.

Die Wanderungsbewegung wird aber nicht nur Auswirkungen auf die Bevölkerungsgesamtzahl haben, sondern darüber hinaus auch die Bevölkerungsstruktur etwas verändern. Die Mobilität der einzelnen Altersgruppen der Bevölkerung ist unterschiedlich. Einwohner im erwerbsfähigen Alter sind erfahrungsgemäß stärker an den Zu- und Fortzügen beteiligt als Kinder und alte Leute. Eine noch feinere Aufgliederung würde ergeben, daß z. B. die 20- bis 30jährigen wesentlich mobiler sind als die 40- bis 50jährigen. Wie die Altersstruktur der schleswig-holsteinischen Bevölkerung durch den Wanderungseinfluß verändert werden kann, zeigt - in grober Zusammenfassung - die folgende Aufstellung:

	Bevölkerung insgesamt	davon		
		unter 15jährige	15- bis unter 65jährige	65 und mehr Jahre alt
		in %		
1970	100	23,4	62,3	14,3
1980				
ohne Wanderungen	100	22,0	62,4	15,6
mit Wanderungen	100	21,8	62,9	15,3
1990				
ohne Wanderungen	100	21,3	65,4	13,3
mit Wanderungen	100	20,9	65,9	13,2

Die Einwohnerzahl und auch die Altersstruktur der Bevölkerung werden ohne Zweifel durch die Wanderungen beeinflusst werden. Die langfristigen Entwicklungstendenzen der einzelnen Altersgruppen werden dagegen durch

Vorausschätzung der Bevölkerung Schleswig-Holsteins



den Einfluß der Wanderungen kaum gestört werden. Die Zahl der Kinder im Vorschulalter wird voraussichtlich - infolge der niedrigeren Geburtenzahlen - in den nächsten Jahren abnehmen. Für die schleswig-holsteinischen Schulen wird es vorläufig aber noch keine Entlastung geben. Der Schülerstrom wird weiterhin anschwellen. An einem Reservoir von jungen Leuten im erwerbsfähigen Alter wird es in Zukunft vermutlich nicht fehlen, Mitarbeiter im Alter von 45 bis 64 Jahren werden dagegen knapp werden. Die Zahl der Einwohner im Renten- und Pensionsalter wird zwar in den 70er Jahren weiter zunehmen, aber in den 80er Jahren dann rückläufig sein.

Wegen der Unsicherheit der Ausgangszahlen sind in dem vorliegenden Aufsatz nur wenige vorausgeschätzte Zahlen genannt worden. Wer mit den detaillierten vorausgeschätzten Angaben arbeiten möchte, muß auf den Statistischen Bericht "Vorausschätzung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung bis 2 000 - mit Wanderungen" (A I 8 - j/70) zurückgreifen oder die im Statistischen Landesamt vorliegenden Maschinentabellen einsehen.

Lieselotte Korscheyo

Vergleiche auch: "Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1985 - Ergebnis der 3. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung" in Wirtschaft und Statistik 1971, S. 667 (November)

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

24. Jahrgang . Heft 1 . Januar 1972

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 423	2 494 ⁺	2 505	2 507	2 510	2 539
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	1 785	1 548	1 393	1 746	1 201	1 970	1 439	1 642	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	7,5	6,8	8,2	5,8	9,2	6,9
* Lebendgeborene	Anzahl	3 726	2 930	2 605	2 590	2 718	2 735	2 773	2 532	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		18,5	14,1	12,7	12,2	13,2	12,7	13,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 495	2 749	2 480	2 705	2 678	2 573	2 464	2 601	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,4	13,2	12,1	12,7	13,0	12,0	11,8
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	75	65	48	55	65	53	53	61	...
* je 1 000 Lebendgeborene		20,2	22,2	18,4	21,2	23,9	19,4	19,1	24,1	...
* Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Anzahl	1 231	181	125	- 115	40	162	309	- 69	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,1	0,9	0,6	- 0,5	0,2	0,8	1,5
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 694	8 382	9 407	11 216	8 736	9 992
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 151	6 381	7 744	8 643	6 434	5 947
* Wanderungsgewinn	Anzahl	1 543	2 001	1 663	2 573	2 302	4 045
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	9 641	9 788	11 353	12 303	10 755	11 683
Wanderungsfälle	Anzahl	23 487	24 551	28 504	32 162	25 925	27 622
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		164	165	194	209	178	183
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	8	8	5	6	8	7	7	9	11
darunter * Männer	1 000	6	5	2	3	4	3	3	4	6
Offene Stellen	1 000	19	24	24	22	20	23	21	19	16
darunter für Männer	1 000	10	15	15	14	13	14	14	12	10
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 379 ^a	1 407 ^a
darunter * Milchkühe	1 000	505 ^a	496 ^a
* Schweine	1 000	1 701 ^a	1 774 ^a	1 918	.	.	.	1 802	.	.
darunter * Zuchtsauen	1 000	169 ^a	183 ^a	192	.	.	.	175	.	.
darunter * trächtig	1 000	103 ^a	112 ^a	119	.	.	.	109	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	21	34	41	54	45	35	49	54	45
* Kälber	1 000 St.	3	3	2	2	2
* Schweine	1 000 St.	156 ^b	200 ^c	204	225	234	210	202	209	232
darunter * Hausschlachtungen	1 000 St.	11 ^b	9 ^c	3	7	21	3	3	7	17
* Schlachtmengen ²⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	17,7	25,9	28,2	33,3	30,2	24,9	27,9	29,9	28,9
darunter * Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	4,8	8,3	9,5	12,9	10,3	7,8	11,2	13,1	10,6
* Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	12,6	17,4	18,5	20,2	19,8	16,9	16,5	16,6	18,1
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	238	241	234	245	244	228	232	251	252
Kälber	kg	61	61	61	62	52
Schweine (ab Januar 1971 neue Berechnungsgrundlage, Vergleichbarkeit mit früheren Zahlen eingeschränkt)	kg	87	91	92	93	93	82	83	82	84
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ³⁾										
* für Legehennenküken	1 000	523	497	528	486	539	551	577	527	495
* für Masthühnerküken	1 000	403	911	847	767	1 012	841	898	753	917
* Geflügelfleisch ⁴⁾	1 000 kg	302	803	895	793	848	917	720	816	858
* Milcherzeugung										
darunter * an Molkereien und Händler geliefert	%	90	92	91	90	90	93	91	90	90
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,6	7,9	7,2	8,5	10,2	7,7	7,1	8,5

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) Ergebnis der Volkszählung vom 27.5.1970

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

3) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

4) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1965/66 = 18

c) Winterhalbjahr 1970/71 = 16

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁵⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	178	191	194	194	194	192	192	191	190
darunter *Arbeiter 6)	1 000	140	145	147	147	146	144	144	143	143
*Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	23	24	25	26	25	22	24	24	24
*Löhne (brutto)	Mill. DM	98,8	157,2	160,2	165,5	178,7	178,5	176,8	173,6	188,0
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	37,5	66,6	65,1	65,7	78,3	75,9	74,3	74,3	85,2
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁷⁾	54	33	32	37	37	20	22	21	21
*Gasverbrauch	1 000 cbm	8 869 ^{d)}	23 914	23 696	23 346	25 762	23 440	20 592	23 410	25 491
*Heizölverbrauch	1 000 t	77	95	91	107	108	81	89	101	103
*Stromverbrauch	Mill. kWh	118	157	161	173	169	147	162	174	165
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	37	33	41	42	30	32	38	41
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁸⁾	Mill. DM	746	1 070	1 149	1 205	1 115	1 038	1 320	1 230	1 353
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	92	144	132	145	135	130	250	141	226
Produktionsindex (ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Energieversorgung)										
	1962=100	116	162	171	170	172	144	166	179	177
Steine und Erden		115	144	192	186	165	179	197	195	154
Eisen-, Stahl- und Temperguß		114	123	127	128	133	94	117	116	111
Chemische Erzeugnisse		209	455	540	428	337	238	357	352	314
Papiere und Pappen		110	147	143	147	146	111	137	135	133
Stahlbauerzeugnisse		120	191	189	205	232	164	187	203	189
Maschinenbauerzeugnisse		108	140	144	143	148	105	131	136	137
Wasserfahrzeuge		110	152	149	160	165	125	146	158	160
Elektrotechnische Erzeugnisse		121	287	323	305	342	280	305	391	350
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		130	136	148	154	163	114	158	171	176
Eisen-, Blech- und Metallwaren		141	208	(218)	(232)	(239)	171	193	206	213
Druckereierzeugnisse		115	252	249	269	285	226	273	337	368
Textilien		110	115	118	110	133	96	119	138	134
Bekleidung		101	106	110	119	113	94	104	108	107
Süßwaren		109	83	95	132	99	82	111	129	118
Milch und Milcherzeugnisse		109	119	72	73	97	95	79	71	91
Fleisch und Fleischerzeugnisse		134	188	182	195	184	155	190	190	188
außerdem Produktionsindex für die Bauindustrie		107	126	153	152	148	140	152	166	136
Handwerk (Meßziffern) ⁹⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	96	97
*Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Vj.-D 1962=100	.	151	160
darunter *Handwerkumsatz	Vj.-D 1962=100	.	155	165
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	141	219	184	272	299	199	236	234	315
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	279	449	425	492	499	432	460	507	548
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	20	16	11	15	19	10	13	18	24
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹⁰⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	67 971	62 480	63 390	63 154	62 394	62 831	62 432	62 857	62 202
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 534	8 238	10 369	10 225	9 012	9 184	9 889	10 295	8 433
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 960	3 414	4 303	4 261	3 793	3 873	4 375	4 324	3 638
*öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 978	3 616	4 697	4 556	3 944	3 851	3 948	4 298	3 302
*Löhne (brutto)	Mill. DM	50,0	66,1	83,9	84,5	74,6	85,1	88,8	89,5	77,0
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	4,1	7,0	6,9	6,9	7,4	8,2	8,0	8,4	10,4
*Umsatz (ab 1970 ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	147,6	176,7	246,4	238,2	228,1	203,9	255,9	242,0	257,1

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts

8) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

10) nach der Totalerhebung hochgerechnet

d) ohne Erdgas und Erdölgas

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 100	884	1 039	1 020	814	1 197	1 274	1 085	879
darunter *Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	...	787	905	935	742	1 045	1 109	961	760
*umbauter Raum	1 000 cbm	934	911	1 042	1 039	776	1 284	1 268	1 251	1 021
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	95 521	115 158	135 531	138 590	106 264	183 157	186 895	186 321	149 092
*Wohnfläche	1 000 qm	171	174	199	203	151	242	237	242	196
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
*umbauter Raum	1 000 cbm	461	794	1 018	757	507	835	625	794	684
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	33 344	75 158	88 973	68 032	65 639	134 384	73 745	87 794	50 427
*Nutzfläche	1 000 qm	89	142	195	131	92	173	121	157	117
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 535	2 357	2 615	2 873	1 917	3 128	3 001	3 512	2 698
Baufertigstellungen										
Wohnungen 11)	Anzahl	2 447	1 837	1 237	1 354	1 683	1 090	1 176	1 522	1 929
Wohnräume	Anzahl	10 214	7 782	5 312	5 867	6 723	5 019	5 182	6 565	8 369
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	113,3	180,5	166,2	202,1	165,1	177,8	305,8	229,1	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	12,2	23,8	24,5	26,1	25,5	30,6	31,1	38,6	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	101,1	156,7	141,7	176,0	139,6	147,2	274,7	190,6	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	2,9	3,9	4,3	4,3	4,1	3,0	3,8	4,0	...
*Halbwaren	Mill. DM	9,3	12,8	13,4	11,5	10,9	13,0	10,8	11,0	...
*Fertigwaren	Mill. DM	88,9	140,1	123,9	160,1	124,6	131,2	260,1	175,6	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	5,9	14,3	14,5	16,5	14,2	13,8	17,3	18,4	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	82,9	125,8	109,4	143,6	110,4	117,4	242,8	157,2	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	25,8	54,2	54,9	56,1	59,3	52,5	63,0	109,5	...
darunter Italien	Mill. DM	6,6	14,8	12,8	15,7	20,5	20,3	18,3	57,7	...
Niederlande	Mill. DM	9,0	18,9	20,7	20,2	18,5	16,2	23,2	28,9	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	43,9	55,3	48,4	64,7	45,4	41,8	67,7	55,4	...
darunter Dänemark	Mill. DM	9,6	11,2	15,5	11,5	10,8	11,6	24,8	15,3	...
Großbritannien	Mill. DM	5,2	12,7	6,7	6,5	6,0	7,3	6,6	7,1	...
Norwegen	Mill. DM	12,7	8,5	3,6	3,5	3,7	2,8	4,3	4,3	...
Schweden	Mill. DM	6,8	8,8	8,9	13,8	10,0	6,2	7,6	11,0	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	19 951	32 072	29 635	40 195	33 044	29 607	36 359	35 608	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 510	36 673	40 827	49 866	42 947	36 154	45 682	48 050	...
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
Fremdenverkehr in 136 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	160	189	217	119	73	434	210	p 121	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	20	22	16	9	37	19	p 16	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 073	1 514	1 872	512	241	5 253	1 841	p 528	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	41	45	29	18	91	42	p 29	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	867	1 329	1 490	1 351	1 192
Güterversand	1 000 t	415	547	563	533	504
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	217	259	291	303	283	267	246	241	250
*Güterversand	1 000 t	354	373	515	461	404	441	452	452	359
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter	Anzahl	5 806	7 817	7 151	7 868	7 291	5 513	7 542	8 166	...
Kraftträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	13	24	19	3	7	34	28	20	...
*Personenkraftwagen 12)	Anzahl	4 982	6 925	6 165	6 880	6 473	4 765	6 554	7 295	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	393	502	474	481	454	317	455	429	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 044	1 404	1 597	1 613	1 476	1 720	1 547	p 1 542	p 1 476
*Getötete Personen	Anzahl	56	74	96	88	84	73	71	p 91	p 89
*Verletzte Personen	Anzahl	1 403	1 933	2 125	2 185	1 936	2 458	2 111	p 2 103	p 2 019

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

11) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

12) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹³⁾										
*Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	8 273	16 502	15 870	15 957	16 055	17 548	17 749	17 933	18 183
*kurzfristige Kredite (ab Dezember 1968; bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	2 076	3 469	3 349	3 344	3 325	3 815	3 938	3 951	4 028
darunter										
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 047	3 426	3 316	3 309	3 287	3 793	3 915	3 928	3 928
*mittelfristige Kredite ¹⁴⁾ (ab Dezember 1968; 1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	661	1 343	1 178	1 176	1 218	1 405	1 434	1 458	1 464
darunter										
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	607	1 277	1 129	1 123	1 161	1 334	1 363	1 384	1 388
*langfristige Kredite ¹⁴⁾ darunter	Mill. DM	5 536	11 690	11 343	11 437	11 512	12 327	12 377	12 524	12 691
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 689	10 152	9 860	9 921	9 992	10 659	10 724	10 852	10 992
*darunter durchlaufende Kredite	Mill. DM
*Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	5 053	11 288	10 653	10 771	10 831	12 162	12 132	12 244	12 425
*Sicht- und Termingelder darunter	Mill. DM	1 875	5 478	5 180	5 266	5 305	6 079	6 018	6 105	6 257
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 573	3 870	3 645	3 684	3 728	4 392	4 361	4 433	4 524
*Spareinlagen darunter	Mill. DM	3 178	5 810	5 472	5 504	5 526	6 083	6 115	6 139	6 168
*bei Sparkassen	Mill. DM	2 123	3 686	3 478	3 497	3 506	3 807	3 821	3 835	3 852
*Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	Mill. DM	153	294	275	344	260	331	345	282	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	125	274	253	313	238	263	314	259	...
*Zinsgutschriften	Mill. DM	9	24	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	1	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse	Anzahl	8	12	10	13	12	12	10	13	11
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	-	3	1	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	778	449	365	438	440	371	320	340	...
*Wechselsumme	Mill. DM	0,935	1,136	0,852	0,990	0,962	0,987	1,122	p 1	...
Steuern										
*Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	150 208	224 810	307 652	213 472	182 319	199 192	344 574	242 061	248 567
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	97 072	152 308	228 985	108 141	106 291	111 633	265 562	127 697	166 143
*Lohnsteuer	1 000 DM	43 631	97 946	92 149	112 432	107 427	106 226	127 668	117 833	153 075
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	41 819	40 050	110 740	- 9 572	- 4 478	2 837	108 782	6 420	6 104
*nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 011	1 613	620	4 516	1 081	839	1 307	981	4 048
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	10 612	12 699	25 477	766	2 261	1 730	27 805	2 463	2 917
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	53 136	72 265	78 666	72 740	76 028	87 559	79 012	78 658	82 424
*Umsatzsteuer	1 000 DM	48 411	52 564	56 165	51 653	53 670	65 594	59 444	58 091	60 580
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	4 725	19 701	22 501	21 087	22 358	21 965	19 569	20 567	21 844
*Bundessteuern	1 000 DM	67 734	84 313	78 403	79 516	80 572	79 815	88 663	83 528	83 945
*Zölle	1 000 DM	7 074	8 419	7 303	8 473	9 706	8 410	9 201	9 685	10 395
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	55 308	70 830	64 622	67 745	65 917	67 747	71 612	70 041	69 397
*Mineralölsteuer	1 000 DM	8 189	2 638	2 365	2 984	2 371	2 502	3 395	2 232	2 693
*Landessteuern	1 000 DM	17 226	24 387	20 897	21 998	30 900	33 696	20 519	20 651	33 448
*Vermögensteuer	1 000 DM	2 921	5 607	1 977	1 937	13 852	13 353	804	651	13 572
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	8 835	13 205	13 103	14 614	12 007	13 470	13 398	14 679	13 728
*Biersteuer	1 000 DM	721	988	1 283	1 063	977	1 354	1 318	1 028	969
*Gemeindesteuern	1 000 DM	105 110 ⁺	125 325 ⁺	128 741 ^e	.	.	.	143 573 ^e	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	68 004 ⁺	74 721 ⁺	75 727 ^e	.	.	.	84 781 ^e	.	.
*Grundsteuer A	1 000 DM	7 240 ⁺	7 232 ⁺	8 433 ^e	.	.	.	7 277 ^e	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	16 037 ⁺	21 027 ⁺	20 851 ^e	.	.	.	24 323 ^e	.	.
*Einnahmen des Bundes	1 000 DM	154 810	202 059	233 760	193 600	179 727	189 289	260 202	211 592	213 571

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

13) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mill. DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute, infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar

14) einschließlich durchlaufender Kredite

e) 1. 7. - 30. 9.

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung ¹⁾						Im Erwerbsleben tätige Personen ²⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
	in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner				in 1 000	in 1 000				
1966	2 457	8,4	18,7	12,1	16	18	1 003	116	389	218	280
1967	2 487	8,1	18,2	11,9	16	11	971	119	358	213	280
1968	2 515	7,9	17,4	12,8	12	17	979	118	375	208	278
1969	2 545	7,5	15,9	12,8	8	21	992	117	373	214	288
1970	2 567	7,2	13,7	12,8	2	24	1 003	115	386	215	286

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen				
	Schüler am 15. 10.			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt				Netto- inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zugs- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1962 in Mill. DM	
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner		
	in 1 000											
1966	231 ^a	41 ^a	37 ^a	26	45	23	7
1967	221	44	43	22	46	23	9
1968	228	46	46	22	45	24	9	p 18 997	.	p 7 554	p 16 290	.
1969	236	49	49	21	45	24	10	p 20 921 ^b	p 10,1 ^b	p 8 221 ^b	p 17 253 ^b	.
1970	p 249	p 51	p 50	p 22	p 45	p 24	p 10	23 228 ^b	11,0 ^b	9 049 ^b	17 800 ^b	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 4)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner 3)			1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe			Rinder	Schweine					
	in 1 000				in 1 000						
	1966	1 393	511	1 689	5 261	417	2 395	2 112	4 183	1 264	459
1967	1 395	513	1 752	5 035	418	2 506	2 139	4 188	1 407	515	533
1968	1 410	519	1 668	4 825	417	2 641	2 183	4 256	1 608	396	535
1969	1 430	518	1 680	4 966	418	2 679	2 210	4 262	1 511	260	487
1970	1 407	496	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565

Jahr	Industrie ⁵⁾										Bau- haupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁶⁾		Energieverbrauch			Produk- tions- index 8) 1962=100	Beschäf- tigte 9) am 30. 6. in 1 000
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 7)	Heizöl			
				ins- gesamt	schwer							
									1 000 t			
in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM								
1966	178	139	273	1 266	504	9 485	1 331	576	937	787	123	68
1967	171	132	253	1 230	524	9 850	1 289	507	952	791	127	62
1968	175	134	264	1 344	583	10 418	1 549	482	968	780	140	63
1969	184	141	278	1 550	674	11 797	1 883	490	1 058	842	157	63
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	162	64

1) 1970: vorläufiges Ergebnis; berechnet nach dem Bevölkerungsstand vom 26. 5. 1970

2) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen

3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

4) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und seit 1968 ohne Umsatzsteuer

7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts

8) arbeitstäglich 9) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger a) am 2.5. b) erste vorläufige Ergebnisse

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
noch: Steuern										
*Einnahmen des Landes	1 000 DM	76 440	140 434	162 460	123 540	120 256	183 433	186 117	151 549	207 587
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	59 214	69 857	100 290	46 870	45 939	81 314	116 230	55 151	110 419
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	.	41 334	41 273	38 376	43 416	68 424	49 369	57 895	63 720
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	.	4 855	.	16 296	.	.	.	17 853	.
*Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	105 110 ⁺	147 429 ⁺	148 834 ^e	.	.	.	177 399 ^e	.	.
*Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	.	59 525 ⁺	51 905 ^e	.	.	.	67 196 ^e	.	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslands Güter	1962=100	106,3	107,2	106,5	106,3	106,6	105,3	104,2	103,3	...
Verkaufspreise für Ausfuhr Güter	1962=100	104,8	116,6	116,8	117,5	118,0	122,2	121,9	121,6	...
Grundstoffpreise 15)	1962=100	105,9	104,3	103,9	103,6	103,4	105,7	105,4	105,2	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 15)	1962=100	104,0 ^f	107,5	108,0	108,5	109,1	113,0	113,1	113,1	113,1
landwirtschaftlicher Produkte 15)	1961/63=100	114,1 ^f	98,1 ^g	98,8	97,4	96,6 ^p	99,8 ^p	101,8 ^p	102,1 ^p	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	114,6	147,4	.	.	151,8	165,3
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 15)	1962/63=100	107,7 ^f	110,8 ^g	109,1	108,5	108,9	114,1	114,6	114,8	...
Einzelhandelspreise	1962=100	104,6	112,5	112,5	112,9	113,6	118,2	118,8	119,1	119,7
Preisindex für die Lebenshaltung 16)	1962=100	109,0	123,7	123,8	124,2	124,8	131,1	131,7	132,0	132,5
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		109,0	117,4	116,4	116,4	116,9	123,1	123,1	123,2	123,8
Kleidung, Schuhe		107,1	118,0	118,9	119,8	120,5	125,5	126,8	127,7	128,4
Wohnungsmieten		118,5	168,5	169,8	170,8	171,9	180,0	180,8	181,6	181,8
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		106,1	124,4	125,6	126,9	127,5	130,1	131,9	133,0	134,3
übrige Waren und Dienstleistungen		106,2	114,1	115,3	115,8	116,2	121,3	122,3	122,7	123,0
für die Haushaltsführung										
Löhne und Gehälter 17)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	211	297	.	317	.	.	.	352	.
darunter Facharbeiter	DM	224	318	.	339	.	.	.	374	.
*weibliche Arbeiter	DM	125	178	.	184	.	.	.	206	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	4,58	6,55	.	6,97	.	.	.	7,73	.
darunter Facharbeiter	DM	4,88	6,98	.	7,47	.	.	.	8,22	.
*weibliche Arbeiter	DM	3,00	4,32	.	4,44	.	.	.	4,95	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,3	.	45,5	.	.	.	45,5	.
*weibliche Arbeiter	Std.	41,5	41,2	.	41,4	.	.	.	41,6	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	42,3	41,3	.	42,9	.	.	.	42,4	.
*weibliche Arbeiter	Std.	37,4	36,8	.	39,2	.	.	.	39,0	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 020	1 453	.	1 504	.	.	.	1 679	.
*weiblich	DM	666	946	.	979	.	.	.	1 106	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 148	1 579	.	1 643	.	.	.	1 792	.
*weiblich	DM	687	966	.	1 006	.	.	.	1 123	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	897	1 270	.	1 307	.	.	.	1 445	.
*weiblich	DM	557	795	.	820	.	.	.	891	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 019	1 437	.	1 459	.	.	.	1 593	.
weiblich	DM	.	(911)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	934	1 329	.	1 372	.	.	.	1 519	.
*weiblich	DM	588	839	.	867	.	.	.	950	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 138	1 572	.	1 634	.	.	.	1 779	.
*weiblich	DM	687	965	.	1 004	.	.	.	1 118	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

16) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden

Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962

17) Effektivverdienste

e) 1.7. - 30.9.

f) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli-Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1970/71 (Juli-Juni)

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. Juni 1971			Bevölkerungsveränderung im Juni 1971			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Nov. 1971 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
FLENSBURG	95 344	- 0,2	- 0,0	- 11	- 160	- 171	63	3	80
KIEL	271 055	+ 0,0	- 0,1	- 25	150	125	148	2	189
LÜBECK	239 947	+ 0,1	+ 0,3	- 31	231	200	131	2	162
NEUMÜNSTER	86 199	+ 0,1	+ 0,2	14	35	49	54	-	83
Dithmarschen	133 563	+ 0,0	- 0,3	1	2	3	83	4	109
Flensburg-Land	72 861	+ 0,2	+ 1,5	41	113	154	38	4	47
Hzgt. Lauenburg	144 583	+ 0,1	+ 1,9	21	55	76	82	7	106
Nordfriesland	160 180	+ 0,6	+ 2,1	38	882	920	100	5	140
Ostholstein	180 826	+ 0,6	+ 2,2	23	997	1 020	117	14	154
Pinneberg	244 764	+ 0,2	+ 2,9	92	392	484	137	13	190
Plön	108 714	+ 0,2	+ 1,7	9	160	169	67	4	89
Rendsburg-Eckernförde	225 967	+ 0,1	+ 1,1	97	151	248	123	5	174
Schleswig	100 745	+ 0,0	+ 0,8	5	- 2	3	45	3	62
Segeberg	171 902	+ 0,3	+ 4,1	35	430	465	118	11	169
Steinburg	132 622	+ 0,0	+ 0,6	15	50	65	66	5	94
Stormarn	161 463	+ 0,3	+ 2,7	14	456	470	104	7	171
Schleswig-Holstein	2 530 735	+ 0,2	+ 1,4	338	3 942	4 280	1 476	89	2 019

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1971		
	Betriebe am 31. 10. 1971	Beschäftigte am 31. Oktober 1971		Umsatz ⁴⁾ im Oktober 1971 in Mtl. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl	je 1 000 Einwohner			Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	73	8 625	91	60	24 515	22 196	...
KIEL	146	32 221	119	108	71 394	64 497	...
LÜBECK	149	31 407	131	166	58 384	51 948	...
NEUMÜNSTER	69	10 862	126	42	23 313	20 716	...
Dithmarschen	59	6 152	46	82	42 549	32 565	...
Flensburg-Land	32	1 006	14	7	26 537	20 252	...
Hzgt. Lauenburg	95	9 431	65	48	42 226	34 899	...
Nordfriesland	44	2 494	15	34	51 918	40 468	...
Ostholstein	75	5 819	32	41	53 914	43 741	...
Pinneberg	226	25 037	102	163	71 186	61 650	...
Plön	50	2 803	26	27	35 411	28 293	...
Rendsburg-Eckernförde	125	11 934	53	66	68 912	54 776	...
Schleswig	39	3 700	37	46	32 183	24 849	...
Segeberg	171	13 616	79	97	61 383	50 500	...
Steinburg	92	11 143	84	88	39 989	31 735	...
Stormarn	120	14 689	91	155	49 889	42 651	...
Schleswig-Holstein	1 565	190 939	75	1 230	753 703	625 736	...

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 6. 1971

2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 102 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 26. Mai 1970			Offene Stellen am 31. 10. 1971 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30. 9. 1971 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Oktober 1971			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien und Händler geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 9. 1971	Rindvieh am 3. 6. 1971	
		VZ 1961	30. 6. 1969							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 567	+ 11	+ 0,2	19	33	109	90,1	7,1	1 802	1 478	472
Hamburg	1 812	- 1	- 0,1	23	66	1	92,0	7,8	17	17	5
Niedersachsen	7 125	+ 7	+ 0,2	55	138	253	86,9	8,1	6 200	2 965	999
Bremen	757	+ 7	+ 0,3	9	18	1	72,6	8,0	11	20	5
Nordrhein-Westfalen	17 207	+ 8	+ 0,2	164	628	207	88,2	9,2	4 470	1 979	705
Hessen	5 461	+ 13	+ 0,4	54	266	100	78,7	9,1	1 491	938	350
Rheinland-Pfalz	3 684	+ 8	+ 0,2	26	73	70	80,5	8,6	810	733	262
Baden-Württemberg	8 996	+ 16	+ 0,4	95	552	206	76,2	8,9	2 168	1 834	735
Bayern	10 644	+ 12	+ 0,4	99	363	571	83,0	9,5	4 451	4 458	1 940
Saarland	1 127	+ 5	-	6	29	9	80,2	9,7	82	74	28
Berlin (West)	2 130	- 3	- 0,0	21	76	0	13,9	14,5	.	.	.
Bundesgebiet	61 508	+ 9	+ 0,3	570	2 241	1 527	83,5	8,9	21 501	14 497	5 501

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im August 1971			
	Beschäftigte am 30. Sept. 1971		Umsatz ²⁾ im Sept. 1971		Produk- tions- index 3) 1962=100 im Sept. 1971	Beschäftigte am 31. August 1971		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner
Schleswig-Holstein	192	75	1 320	19	166	63	24	3 128	12,2	1 090	4,2
Hamburg	204	112	1 762	12	120	45	25	1 286	7,1	813	4,5
Niedersachsen	805	113	5 081	22	147	182	26	7 428	10,4	4 325	6,1
Bremen	103	136	954	23	192	23	30	514	6,8	600	7,9
Nordrhein-Westfalen	2 689	156	16 758	20	148	390	23	16 768	9,7	7 746	4,5
Hessen	754	138	4 016	21	164	146	27	6 874	12,6	1 912	3,5
Rheinland-Pfalz	411	112	2 752	20	223	90	25	4 050	11,0	923	2,5
Baden-Württemberg	1 591	177	8 457	19	161	247	27	10 538	11,7	4 796	5,3
Bayern	1 390	131	7 513	20	170	317	30	15 442	14,5	7 029	6,6
Saarland	174	155	832	30	164	24	22	638	5,7	346	3,1
Berlin (West)	252	118	1 452	9	147	46	22	2 149	10,1	1 268	6,0
Bundesgebiet	8 565	139	50 897	20	160	1 574	26	68 815	11,2	30 848	5,0

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1971			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im September 1971				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 30. 9. 1971 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Ein- wohner						im 3. Vierteljahr 1971		
									in DM je Einwohner		
in 1 000											
Schleswig-Holstein	754	626	...	1 547	71	2 111	141	2 382	205	261	...
Hamburg	509	461	...	1 109	22	1 491	136	4 497	353	1 663	...
Niedersachsen	2 110	1 734	...	3 946	266	5 512	146	2 958	206	224	...
Bremen	199	179	...	387	5	451	118	3 348	259	996	...
Nordrhein-Westfalen	4 638	4 085	...	9 236	408	12 468	139	3 409	237	363	...
Hessen	1 708	1 453	...	3 138	162	4 460	147	3 754	253	374	...
Rheinland-Pfalz	1 110	897	...	2 066	121	3 021	152	3 052	203	284	...
Baden-Württemberg	2 789	2 320	...	4 170	233	6 003	150	3 566	244	371	...
Bayern	3 375	2 647	...	5 673	340	8 241	151	3 537	228	297	...
Saarland	293	256	...	617	21	863	143	2 780	206	232	...
Berlin (West)	471	426	...	1 171	28	1 516	132	2 760	168	528	...
Bundesgebiet	18 028 ^a	15 115 ^a	...	33 060	1 677	46 137	145	3 366	232	379	...

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Baubetriebe und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

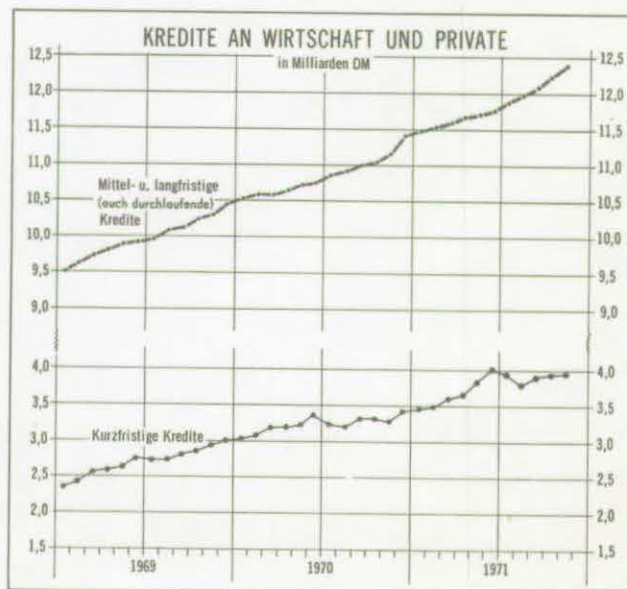
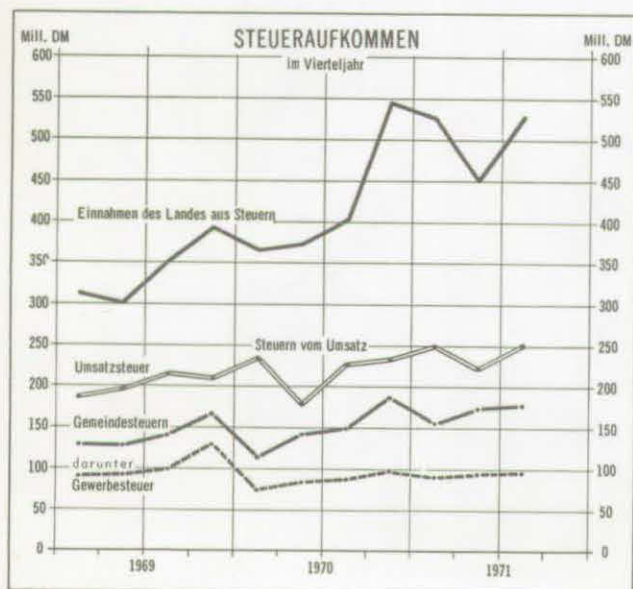
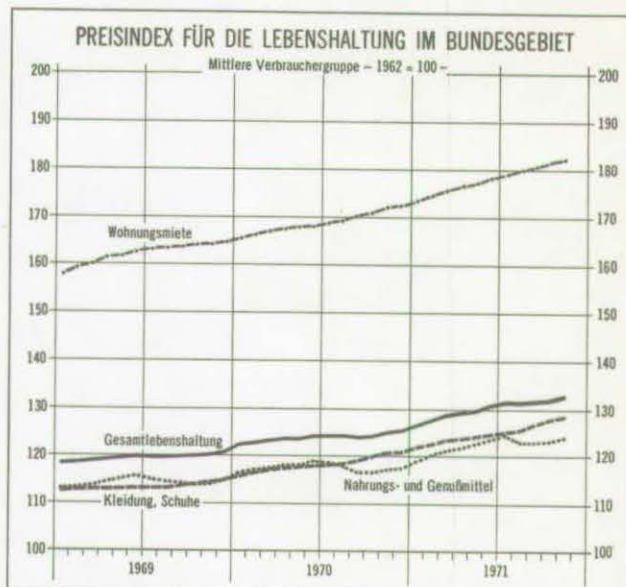
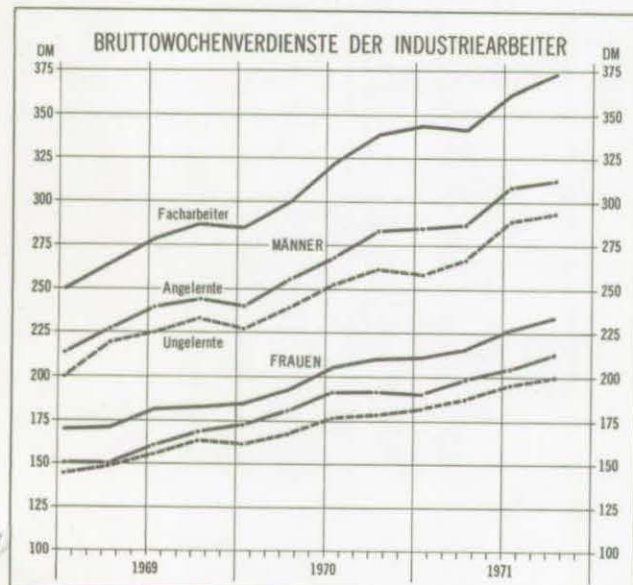
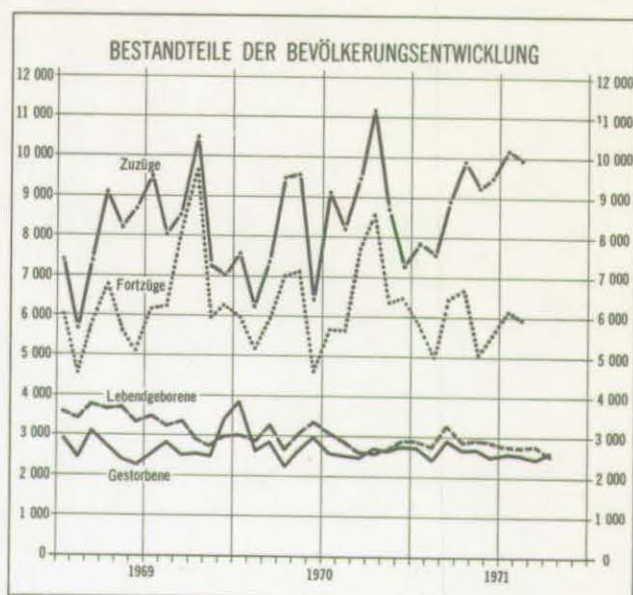
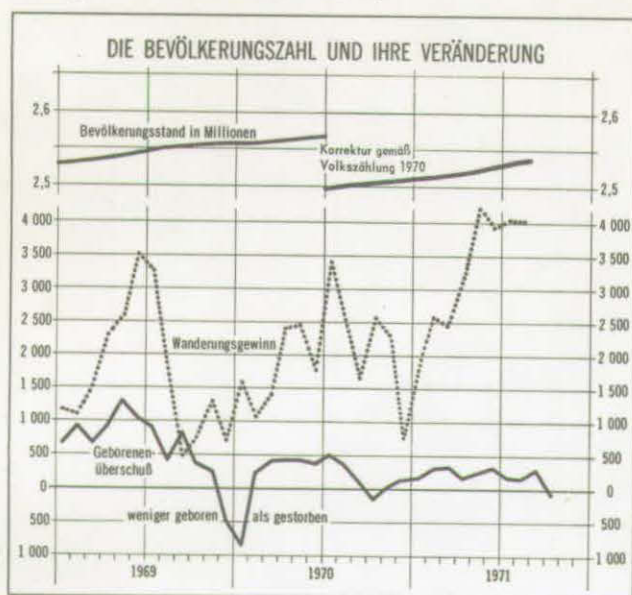
6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

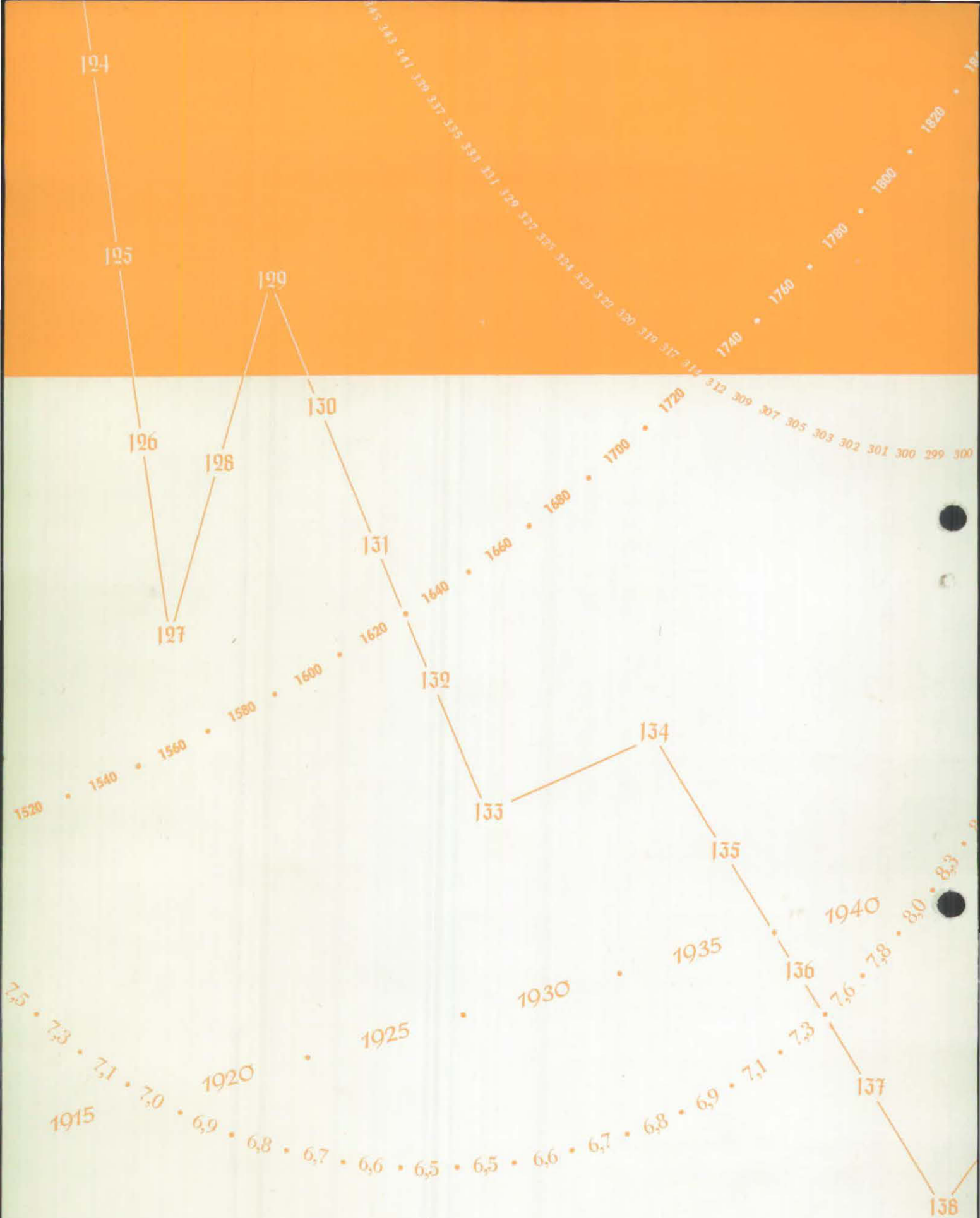
7) ohne Postspareinlagen

a) einschließlich Bundespost und Bundesbahn: 70 707 Kfz und 29 859 Pkw

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen